№ 800. Montag, den 7. Januar. 1861.

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Insertionsgebühr 1 Sgr. pro Petitzeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haasenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Türkheim.

Danziger  Zeitung

Organ für West- und Ostpreußen.

(W. T. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 6. Januar. Die heutige „Wiener Zeitung" enthält in ihrem amtlichen Theile eine Verordnung des Staatsministers, wirksam für alle Kronländer, ausgenommen Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Venetien, wodurch die Wählbarkeit der Landtags-Abgeordneten der Städte und der Landgemeinden grundsätzlich festgestellt wird.

Die Abgeordneten jener Städte, deren Landesstatute das Recht zur Abordnung eigener Vertreter einräumen, sind durch directe Wahl aller nach dem besonderen Gemeindestatute oder Gemeindegesetze von 1849 zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, und zwar wählen in Gemeinden mit drei Wahlkörpern die beiden ersten Wahlkörper und in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Steuerhöhe gereiheten Gemeindewähler.

Die Abgeordnetenwahl der Landgemeinden geschieht durch gewählte Wahlmänner. Jede Gemeinde eines Wahlbezirks wählt auf 500 Einwohner einen Wahlmann. Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern wählen ebenfalls einen Wahlmann. Der Modus für die Wahl der Wahlmänner ist wie bei den Städten.

Als Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher österreichischer Staatsbürger, 30 Jahre alt, im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte und in einer Wahlklasse des Landes (Großgrundbesitz, Städte, Landgemeinden) wahlberechtigt ist.

— Das amtliche Blatt veröffentlicht ferner die Ernennung der Obergespane der Woiwodschaft.

— Nach einem Telegramme der „Presse" aus Pesth ist gestern in Kecskemet ein Conflict entstanden, welcher das Einschreiten der dortigen Garnison nothwendig gemacht hat. Dieselbe mußte von der Feuerwaffe Gebrauch machen, wobei fünf schwere Verwundungen vorgekommen sind.

Paris, 6. Januar. Der heutige „Moniteur" meldet, daß wegen des Ablebens Seiner Majestät des Königs von Preußen der für den 9. d. bestimmte Ball in den Tuilerien aufgeschoben worden sei.

Die Zinsen der Schatzscheine sind je nach ihrer Verfallzeit auf 3, 3½ und 4 pCt. erhöht worden.

Brüssel, 6. Januar. Uebermorgen, Dienstag, wird der Graf von Flandern, begleitet von zwei höheren Offizieren in Berlin eintreffen, um Sr. Majestät dem Könige von Preußen Namens des Königs der Belgier die Beileidsbezeugung wegen des Ablebens Sr. Hochseligen Majestät auszusprechen und den Glückwunsch zur Thronbesteigung Sr. Majestät zu überbringen.

London, 5. Januar. (K. Z.) Das Reuter'sche Telegraphen-Bureau bringt folgende Depesche aus Bombay vom 12. Dezbr.: Die Streitkräfte des Generals Campbell wurden von den Aufständischen in Sikim mit einem Verluste von 30 bis 40 Mann und einer Kanone zurückgeschlagen. Dardschiling ist wegen der Erlasse in Betreff der Einkommensteuer in Aufregung. In Surate und Bassein wurden die Steuerempfänger geprügelt. Der Einfuhrhandel ist gänzlich eingestellt.

Das Reuter'sche Büreau meldet ferner: Heute geht die Antwort des eidgenössischen Bundesrathes auf die Drohnote des Grafen Cavour vom 20. November ab. Erstere hält die Sequestrirung der zur bischöflichen Mensa von Como gehörenden tessinischen Tafelgüter aufrecht. Der Bundesrath spricht die Hoffnung aus, daß die bundesräthliche Oberaufsicht für die Regelung dieser Angelegenheit Garantie genug bieten werde.

Demselben Bureau wird aus Rom vom 1. Januar telegraphirt: Der heilige Vater empfing heute die Offiziere der päpstlichen Besatzung. General de Goyon hatte von Paris die Weisung erhalten, in seiner Anrede jede politische Bemerkung zu vermeiden. Der Papst sprach seine Billigung sowohl über die syrische, wie über die chinesische Expedition aus und fügte hinzu: indem die französische Flotte Gaëta vertheidige, fechte sie für die gerechte und heilige Sache. Ueber den Kaiser Napoleon enthielt der heilige Vater sich jeder Aeußerung. Anderweitige politische Allocutionen sind von Seiten Sr. Heiligkeit am Neujahrstage nicht erfolgt.

Dasselbe Bureau meldet aus Konstantinopel vom 29. Dezember: „Sanfeti hat seine Entlassung als Präsident des Staatsrathes genommen. Fürst Kusa stellt in seinem Berichte an die Pforte jede Mitschuld an den ungarischen Waffensendungen in Abrede und betheuert wiederholt seine treue Ergebenheit für den Sultan. Dennoch dauert die Gährung in den Donau-Fürstenthümern fort.

Nach Berichten desselben Bureaus aus Beyrut vom 18. Dezember waren die europäischen Commissare von Damascus zurückgekehrt. Die öffentliche Meinung sprach sich für Fuad Pascha günstig aus. In Galata sind die Geldverlegenheiten groß. Der Wechselcours ist im Steigen.

Turin, 5. Januar. Garibaldi verzichtet in einem Schreiben auf jegliche Kandidatur als Deputirter für das Parlament und ermahnt, um zur Befreiung Venetiens zu gelangen, zur Eintracht.

Paris, 5. Januar, Nachmitt. Hier eingetroffene Nachrichten aus Neapel vom 1. d. melden, daß am vergangenen Sonnabend drei Emeuten, und zwar eine durch Lazzaronis, die zweite durch Frauen und die dritte durch Landleute veranlaßt, stattgefunden haben, daß aber alle drei ohne Blutvergießen unterdrückt worden seien. Es fehlten fünf Couriere aus Calabrien.

Das „Giornale di Roma" veröffentlicht nicht die Ansprache des Generals Goyon an den Papst, sondern sagt nur, daß der Papst den Ausdruck der edlen Gesinnungen mit Wohlwollen entgegengenommen habe.

Paris, 5. Januar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Turin würden der Prinz v. Carignan und Nigra wahrscheinlich nächsten Dienstag nach Neapel abgehen.

Wien, 5. Januar. (H. N.) Nach Gerüchten in diplomatischen Kreisen soll der bisherige russische Gesandte in Berlin, Baron Budberg, in nächster Zeit zum Botschafter in Wien ernannt werden.

Paris, 4. Januar. (H. N.) Alexander Dumas ist aus Neapel ausgewiesen.

Paris, 4. Januar. (H. N.) Preußen und Rußland sollen zu einem Congresse geneigt sein.

Der „Constitutionnel" veröffentlicht einen Artikel, in welchem er auf Einberufung eines Congresses dringt.

Man spricht hier von einem für den Monat Februar bevorstehenden Besuch des Kaisers von Rußland und des Großfürsten Constantin in Paris.

Paris, 5. Januar. (H. N.) Die „Patrie" versichert, der Kaiser von Rußland beabsichtige Polen eine selbstständige Regierung und eine Verfassung zu verleihen.

Frankfurt a. M., 5. Januar. In der heute stattgehabten Sitzung des Bundestages stellte der Bevollmächtigte des Großherzogthums Hessen einen gegen den Nationalverein gerichteten Antrag, indem er den § 1 des Bundesvereinsgesetzes interpretirte. Der Antrag wurde dem politischen Ausschusse zugewiesen.

Wien, 5. Januar. Die heutige „Donauzeitung" versichert, Behufs Widerlegung der von fremden Blättern gemachten Mittheilungen, daß für die Begnadigung des Grafen Teleki keine Dazwischenkunft oder Fürsprache auswärtiger Cabinette stattgefunden habe.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar.

— Die „Preuß. Ztg." vom 5. Jan. schreibt: „Das Ordensfest wird in diesem Jahre nicht gefeiert, sondern es wird statt desselben nur eine kirchliche Feier stattfinden."

— Fast alle Minister haben sich, dem Vernehmen nach, für die Einführung der in Preußen im Prinzip schon bestehenden unbedingten Gewerbe-Freiheit ausgesprochen, und es ist Aussicht vorhanden, daß sich auch der Ressort-Minister, Herr v. d. Heydt, dieser Nothwendigkeit nicht verschließen werde. — Die Polen sollen sich der katholischen Fraction in dem Abgeordnetenhause anschließen wollen und Schritte in dieser Richtung gethan haben.

— Durch Erkenntniß des Obertribunals ist festgestellt: 1) Wenn die Anklage das Verbrechen des Bankerotts sowohl nach § 259 Nr. 1 als nach § 259 Nr. 2 findet, der Anklage-Senat aber die Verfolgung aus der einen oder der anderen Vorschrift beseitigt, so ist der Schwurgerichtshof dadurch nicht verhindert, in Gemäßheit des Art. 86 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 wieder auf diesen Thatbestand zurückzukommen. 2) Wenn ein generell vereideter Sachverständiger die Richtigkeit seines in einem speciellen Falle abgegebenen Gutachtens nicht wenigstens auf den generell geleisteten Eid versichert, so liegt kein gehörig beeidetes Zeugniß vor. Die Verweisung des Vernommenen auf den geleisteten Eid durch den Vorsitzenden ersetzt jenen Mangel nicht.

Heinsberg, 3. Jan. Die auf heute anberaumte Wahl zweier Abgeordneten für den Wahlbezirk Erkelenz-Geilenkirchen fand unter sehr geringer Betheiligung statt. Gewählt wurden Regierungsrath v. Solemacher aus Aachen und Friedensrichter Peusgens von Heinsberg.

Wien, 4. Januar. Die „Wiener Zeitung" bringt eine völlig unerwartete Mittheilung. An der Spitze des nichtamtlichen Theiles des offiziellen Blattes lesen wir (wie telegraphisch berichtet) folgende Erklärung:

„Wir sind ermächtigt, die Gerüchte über den Austritt des Grafen Rechberg aus dem Ministerium, mit welchen die in- wie die ausländische Presse in letzter Zeit sich so vielfach beschäftigte, als alles Grundes entbehrend zu bezeichnen."

Die „Presse" bemerkt dazu: „Wir nehmen davon Act, daß durch die Mittheilung der heutigen „Wiener Zeitung" das hoffentlich unbegründete Gerücht, Herr von Schmerling habe seine Demission gegeben, einigermaßen an Consistenz gewonnen hat."

England.

London, 4. Januar. Die englischen Schiffswerfte arbeiten schnell. Wieder ist vorgestern in Chatham eine gewaltige Fregatte von 51 Geschützen, der Undaunted, vom Stapel gelassen worden, die, was Größe und Stärke betrifft, nur von zwei Linienschiffen der Flotte übertroffen wird. Es ist dies das zwölfte der Kriegsschiffe erster Klasse, die binnen einem Jahre in Chatham vollendet worden sind, und an der leer gewordenen Baustelle wird sofort eine andere Fregatte von gleicher Stärke in Angriff genommen werden.

Frankreich.

Paris, 4. Januar. Die seit einiger Zeit umgehenden Gerüchte über Verhandlungen zwischen den einzelnen Mächten, welche eine Theilung Italiens in ein südliches und ein nördliches Reich zum Zwecke hätten, halten sich mit auffallender Zähigkeit an der Tagesordnung und nehmen in dem Maße zu, als sich die Situation in Neapel und vor Gaëta verwickelt. — Es ist in den höheren Kreisen ernstlich von einer Reise die Rede, welche die Kaiserin nächstens nach Aegypten und nach Jerusalem anzutreten gedenke. — Es steht ein neues Postgesetz in Aussicht, dem zufolge die Frankatur für Briefe in Frankreich obligatorisch würde. — Wieder eine neue Sendung von Broschüren, darunter eine „La France dans la question d'Orient, welche einer französisch-deutschen Allianz in sehr anständiger, kluger Weise das Wort reden zu müssen glaubt.

Paris, 4. Januar. Der „Constitutionnel" bringt einen vierten Artikel über „Oesterreich und Venetien" aus der Feder Grandguillots. Der Verfasser bespricht zuerst die Flugschriften: „Kaiser Franz Joseph I. und Europa" und „Venedig, Ergänzung der italienischen Frage". Die Widersprüche gegen den einfachen Verkauf einer Provinz haben sich vor Allem darauf gestützt, daß es eines Fürsten unwürdig sei, seine Staaten zu verkaufen. Grandguillot erwidert, daß ein Volk, dem man verweigere, seine Freiheit zu erkaufen, sie sich nehmen, daß Oesterreich am Ende doch besiegt und dann nicht so leichten Kaufes davon kommen würde. „Wenn das Wort „„Geld"" Euch mit Entrüstung erfüllt, so vergeßt Ihr, daß 1815 die meisten deutschen Fürsten Geldentschädigungen verlangt und erhalten haben. In den Verträgen von Wien befinden sich nicht weniger als 17 Fälle ähnlich dem, was man jetzt Oesterreich zumuthet Ein Herrscherhaus hat eine seiner Provinzen für 100,000 Thlr. verkauft. Ist also der Handel so erniedrigend, so müssen wir schließen, daß sämmtliche deutsche Staaten vollständig entehrt sind. Die Gegner des Verkaufes sagen, es sei für Italien noch schandbarer als für Oesterreich. Es ist nicht das venetianische Volk, das zum Kaufe ausgestellt wird; Italien erkauft das berühmte Viereck, das ganze Festungssystem jenseit des Mincio." Schließlich bemerkt Grandguillot, daß man Oesterreichs Ehrgefühl hochschätzen müsse, so wie den Beweis der Achtung vor der Würde der Völker und Regierungen, den es gegeben, indem es die Idee eines Verkaufes abwies. „Hätte es den Vorschlag angenommen, so hätten wir die Entschließung gelobt, Oesterreich aber wenig geschätzt in Betreff dessen, was man „„politische Ehre"" nennt. Eine Landentschädignng nun, an die man nach der Versicherung des Herrn Thiers schon seit 1806 dachte, hat nicht denselben häßlichen Charakter wie die eben besprochene. Was will man aber anbieten? Die Insel Kandia, die Herzegowina? Diese Frage zu beantworten, ist Sache eines Congresses. Das aber ist unzweifelhaft: 1. daß Oesterreich auf keinen Fall Venetien behalten kann, 2. daß es ein toller Streich von Seiten der Italiener sein würde, nach der Abtretung Venetiens einen Krieg ohne Gegenstand zu veranlassen. In diesem Jahre ist der Congreß, der im vergangenen Jahre wünschenswerth gewesen, unentbehrlich, da es sich um das Bestehen Oesterreichs und Italiens handelt. Beide Länder aber sind für Europa unentbehrlich. Die Freunde Oesterreichs in Frankreich sind gering; sie vertheidigten die Territorial-Rechte Oesterreichs aus demselben Grunde, aus dem sie dieselben Rechte des Kaisers von China vertheidigen würden. Die Volksstimmung aber ist Oesterreich nichts weniger als günstig, und man geht nicht selten so weit, den Untergang des Kaiserreichs so bald als möglich zu wünschen. Das ist die politische Kinderei. Das Bestehen Oesterreichs ist nicht nur nützlich, sondern unentbehrlich für das Gleichgewicht der Staaten Europas. Am Abende der Schlacht von Solferino war der Stand der Dinge folgender: Frankreich hatte trotz der glänzenden Erfolge erhebliche Verluste erlitten; die im Auslande so gepriesene militärische Organisation der französischen Armee war an manchen Stellen fehlerhaft befunden worden, und der Kaiser hat mit schnellem Blicke wahrgenommen, daß wir nicht bereit seien für einen langen Kampf. Andererseits war der Zustand Europas wenig beruhigend. Preußen, abwartend, war entschlossen, im letzten Augenblicke einzugreifen. England begann viel zu Gunsten Italiens zu sprechen. Der Friede von Villafranca, unter solchen Auspicien geschlossen, hat dem Interesse Italiens so gut gedient, daß unmittelbar nachher England sich gänzlich zu Italien hinneigte. Andere Gründe zum Frieden — und wichtigere, als die obengenannten — waren folgende: Der Zersetzungsprozeß, der heute mehr denn je sich des österreichischen Kaiserreiches bemächtigt, drohte schon damals. 14 Tage später hätte Ungarn sich erhoben, Galizien war in Bewegung und hätte sich vielleicht Rußland in die Arme geworfen; Wien selbst war mißvergnügt, dem Kaiser blieb allerdings ein eben so unerschrockenes, als treues Heer; aber noch eine Niederlage — und Niemand weiß, was geschehen sein würde. Diesem eisernen Kolosse gegenüber, dessen Füße man aus Thon gemacht fand, hielt der Kaiser Napoleon still. Die Ereignisse nahmen eine unerwartete Ausdehnung. Der Kaiser hatte geglaubt, die fortschreitenden Uebergriffe eines überlieferten Ehrgeizes zu bekämpfen, und es fand sich, daß er dazu beitrug, den Sturz eines bedrohten Thrones zu beschleunigen. Das aber wäre ein revolutionäres Unternehmen gewesen, ein Unternehmen, das dem kaiserlichen Frankreich nicht zustand. Man glaube uns also, daß, wenn wir Oesterreich rathen, sich mit den modernen Principien und Ideen auszusöhnen, wir nicht seine Erniedrigung wollen, sondern sein Heil. Aber auch Italien verachte unseren Rath nicht, der ist, nicht denen zu folgen, die es zur That

drängen. Frankreich hat genug für Italien gethan, um berechtigt zu sein, Italien zu mahnen, inne zu halten, wenn es sich um den Einsatz handelt. Die Einigung ist schwer, aber möglich."

Italien.

Turin, 2. Januar. Ratazzi ist krank oder stellt sich so, um die ihm angebotene Mission nach Süditalien nicht annehmen zu müssen, und so wird es denn bei der Wahl Nigras bleiben. Dieser junge Mann verhehlt sich keineswegs die Schwierigkeiten, die er zu bekämpfen haben wird. Er weiß sehr wohl, daß sein politischer Ruf noch von sehr jungem Datum, daß man es ihm in einem Lande wie Neapel vielleicht auch als Sünde anrechnen wird, nicht von großer Familie zu sein u. s. w. Und doch glauben wir, daß er leisten wird, was möglich, denn wir haben die Feinheit und die Energie dieses Mannes kennen gelernt und wissen, daß er viele Vorzüge hat, die ihm auf diesem neuen und gefährlichen Terrain eben so gut zu Statten kommen werden, wie sie ihm in Paris beförderlich waren. Hier ist man übrigens fortwährend sehr übler Laune, denn die Nachrichten aus Paris ermahnen zur Geduld, und Geduld glaubt man hier lange genug gehabt zu haben. Der Kaiser klagt über seine schwierige Lage. Die Mächte (wohl nicht England?) wollen nichts von der Abberufung der Flotte wissen, und Frankreich „dürfe es nicht mit ihnen verderben"; er werde die Flotte zurückkommen lassen, „so wie er nur könne". So haben wir denn ein sehr trauriges Neujahrsfest verlebt. Der König ist gestern sehr übler Laune aus seinen Gemächern getreten, nachdem er Cavour und seinen Adjutanten drei Viertelstunden in einem Hofe hat warten lassen, und so ging er zur Messe. Morgen findet in Genua eine Versammlung sämmtlicher Garibaldi'scher Comités statt. Brambilla wird von Caprera dort erwartet. Man will sich reconstituiren, um für das nächste Frühjahr fertig zu sein. Es heißt, Garibaldi habe den König in einem sehr warmen Schreiben an dessen Versprechen erinnert. Cavour ist sehr nachdenklich. Vor einiger Zeit hat er General Mieroslawski, der ihm vom Prinzen Napoleon empfohlen worden, empfangen und dessen Projecte bezüglich der Bildung einer polnischen Legion angehört. Wie ich Ihnen auf das Bestimmteste versichern darf, wurden die Anträge des polnischen Generals zurückgewiesen. Dieser hat sich dann später mit Türr nach Caprera begeben, wo er eine lange Conferenz mit Garibaldi hatte. — Alex. Dumas ist aus Neapel verwiesen worden; er hat durch seine Hetzartikel im „Indipendente" viel böses Blut gemacht.

— Die Nachrichten des „Espero" aus Venetien lauten mit jedem Tage ungünstiger für Oesterreich. Die Dinge sind auf dem Punkte angelangt, daß man in mehreren nationalen Comités vorgeschlagen hat, Abgeordnete zu ernennen, welche sich zur Eröffnung des italienischen Parlamentes nach Turin begeben sollen, um daselbst Venetien zu vertreten.

— In Turin hat der Wahlkampf mit Neujahr begonnen, und die parlamentarische Opposition ist mit ihrem Programm hervorgetreten. Sie will die Einheit Italiens und die aufrichtige Beobachtung der Verfassung; sie singt also dasselbe Lied, wie die ministerielle Majorität, nur singt sie es in einer etwas anderen Melodie. Auch die mazzinistische Clique hat ein Programm am 28. Dezbr. im „Diritto" veröffentlicht, und die „Opinione" vom 1. Jan. spricht sich jetzt dagegen aus. Brofferio, dieser kecke, doch durchaus taktlose Parteigänger, der um jeden Pres eine Rolle spielen möchte, hat sich jetzt mit Eclat den Mazzinisten angeschlossen. Er wirft Cavour vor, daß er ohne Noth den König Victor Emanuel in Neapel habe einschreiten und sich Blößen geben lassen. Leute, die selbst keinen Takt haben, sind gewöhnlich voll von Klagen über die Taktlosigkeiten Anderer; so auch Brofferio. Uebrigens betheuert das mazzinistische Programm aufs Neue, daß man dem Könige ergeben sei, so lange derselbe Vertreter und Vertheidiger der Einheit Italiens sei und das Ziel bekenne, Rom und Venetien einzuverleiben. Die mazzinistische Opposition will gegenwärtig nicht systematischen Widerstand leisten, sondern loben, was zu loben ist; für die Zukunft aber behält die Partei der That sich vor, „einen andern Weg (die Republik) einzuschlagen, wenn es erwiesen ist, daß der, den sie jetzt mitgeht (die Monarchie), nicht zu dem vorgesteckten Ziele führt". Da hinzu Geld und Menschen erforderlich sind, so empfiehlt das Programm den Unitariern, einen großen Verein zu stiften, für denselben besonders bei den Wehrfähigen zu werben und sich monatlich mit einer halben bis einer Lira zu besteuern.

(Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Danzig, den 7. Januar.

* [Zweite Versammlung der volkswirthschaftlichen Gesellschaft für Ost- und Westpreußen. Erste Sitzung.]*) Am 4. d. M., Vormittags 10 Uhr, wurde im Saale der Bürgerressource zu Elbing die von ca. 110 Mitgliedern besuchte zweite Versammlung der volkswirthschaftlichen Gesellschaft für die Provinz Preußen durch den Vorsitzenden des ständigen Vorstandes, Rechtsanwalt Röpell (Danzig), eröffnet. Durch Acclamation wurde derselbe wieder von der Versammlung zum Vorsitzenden für diese Sitzungen ernannt und bestimmte er darauf zu seinen Stellvertretern die Herren Oberbürgermeister Phillips und Rechtsanwalt v. Forkenbeck, zu Schriftführern Herrn Rechtsanwalt Heinrich (Mohrungen) und H. Rickert. Alsdann erstattete Herr Röpell im Namen des ständigen Vorstandes Bericht über die Thätigkeit desselben seit der letzten Versammlung, sowie über die gegenwärtige Lage der Gesellschaft. Dieselbe hat sich in den letzten 4 Monaten um 140 Mitglieder vermehrt und zählt im Ganzen 388 Mitglieder. Davon gehören 308 der Provinz Westpreußen, 78 Ostpreußen an. Außerdem hat die Gesellschaft 1 Mitglied in Berlin und 1 in Heidelberg. Die Einnahmen der Gesellschaft pro 1860 haben betragen 340 Thlr. Davon sind die Kosten für Druck der Berichte ꝛc. bestritten und verbleibt pro 1861 noch ein Kassenbestand von 150 Thlr. Auch das innere Leben der Gesellschaft habe sich in erfreulicher Weise gestaltet. Namentlich sei hervorzuheben, daß die Elbinger Mitglieder derselben in regelmäßig wiederkehrenden Versammlungen wichtige volkswirthschaftliche Fragen erörtert hätten. Was die Ausführung der Beschlüsse der letzten Versammlung anlange, so habe der Vorstand die Petition in Betreff der Eisenzollfrage zu dieser Sitzung noch nicht gefertigt, weil derselbe erst die Veröffentlichung der Verhandlungen des deutschen volkswirthschaftlichen Congresses zu Köln abwarten wolle. — Die Denkschrift in Betreff der Regulirung der Ströme der Provinz werde von der betreffenden Commission hoffentlich der nächsten Versammlung vorgelegt werden können: Gegenwärtig sei die Commission noch mit Sammlung der die polnische Weichsel betreffenden Materialien beschäftigt. — Die in Sachen des Realcredits beschlossene Petition werde nicht vorgelegt, weil die Sache seit der letzten Versammlung eine andere und bessere Wendung genommen habe. Es liege nämlich in der Absicht einer Anzahl von Abgeordneten der Provinz, eine von ihm (Röpell) entworfene neue Hypotheken- und Subhastationsordnung unmittelbar nach Eröffnung der Landtagssitzungen im Abgeordnetenhause einzubringen. Auch die Angelegenheit der Hypotheken-Versicherungsgesellschaften habe seitdem eine günstigere Wendung genommen. Nach einer Uebersicht der ferneren eingegangenen Vorlagen kommt zur Verhandlung:

*) Dieser Bericht der ersten Sitzung ist am Sonnabend verspätet hier eingetroffen. D. R.

I. Die Gewerbegesetzgebungsfrage. Bekanntlich hatte die letzte Versammlung vom 27. und 28. Aug. v. J. beschlossen, durch die Mitglieder Thatsachen über die Nachtheile resp. Vortheile der Gewerbegesetze von 1845 und 1849 in allen Kreisen der Provinz festzustellen und der nächsten Versammlung vorzulegen.

Oberbürgermeister Phillips theilt mit, daß es ihm leider nicht gelungen sei, aus den andern kleineren Städten der Provinz solche Berichte zu erhalten. Nur aus Tilsit sei von dem dortigen Handwerkerverein ein Bericht eingegangen, aber auch dieser enthalte nicht eine Beleuchtung derjenigen Punkte, auf welche es gerade ankomme. Er verweise bei dieser Gelegenheit auf die Nothwendigkeit, in den einzelnen Städten für die Zwecke der Gesellschaft Lokalvereine zu bilden. In Elbing habe alle 8 oder 14 Tage eine Versammlung der Mitglieder der Gesellschaft stattgefunden und dies sei von wesentlichem Vortheil gewesen.

Herr Bürgermeister Thomale führt alsdann aus, wie die Gewerbegesetze von 1845 und 1849, abgesehen von der historischen Entwickelung der Gewerbegesetzgebung, auch mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse in Elbing als schädlich betrachtet werden müssen, ein Gleiches weist Herr Maurermeister F. W. Krüger an einzelnen schlagenden Thatsachen für Danzig nach. Auch aus Thorn liegt ein ähnlicher kurzer Bericht vor, welchen wir ebensowohl wie die Auseinandersetzung der Herren Thomale und Krüger uns mitzutheilen vorbehalten müssen.

Herr Oberbürgermeister Phillips stellt nach Erstattung dieser Einzelberichte folgenden Antrag:

„Der Congreß wolle beschließen:
im Anschluß an den Beschluß des Congresses vom 27. und 28. August v. J. und unter Zugrundelegung des damals und in der heutigen Versammlung gewonnenen Materials eine Petiton an das Abgeordnetenhaus auf unbedingte Gewerbefreiheit und unbedingte Freizügigkeit, sowie auf Beseitigung der Gewerbegesetze vom 17. Januar 1845 und 9. Februar 1849 durch den ständigen Vorstand einzureichen."

Derselbe wird von der Versammlung ohne Diskussion angenommen.

II. Mit Bezug auf die der nächsten Versammlung vorzulegende Denkschrift über die nothwendige Regulirung der Ströme der Provinz stellt Herr v. Hennig (Plonchott) den Zusatzantrag zu dem betreffenden Beschluß vom 28. August v. J.: daß der mit der Ausarbeitung der Denkschrift betrauten Commission aufgegeben werde, auch die Nothwendigkeit der Regulirung der Drewenz hervorzuheben und nachzuweisen. Dieser Nebenfluß der Weichsel, welcher seiner Ansicht nach auf eine Länge von 16 bis 20 Meilen ohne einen zu großen Kostenaufwand schiffbar gemacht werden könne, sei jetzt wegen der vielfachen Krümmungen und wegen der in demselben befindlichen Steine ꝛc. für die Kahnschifffahrt unzugänglich. Wäre die Regulirung durch Geradelegung des Flußlaufes und durch Wegräumung der Steine erfolgt, so würde außer der bedeutenden Holzflößerei sich auch eine nicht unerhebliche Kahnschifffahrt entwickeln, durch welche das von den anliegenden Ländereien producirte Getreide leichter und billiger transportirt werden könne.

Nachdem Herr Schwedt (Elbing) und Herr Rechtsanwalt Heinrich den v. Hennig'schen Antrag unterstützt, wird derselbe zum Beschluß erhoben und die betreffende Commission durch Herrn v. Hennig verstärkt.

III. Seitens der Herren H. Behrend und Röpell ist folgender Antrag eingebracht:

Die volkswirthschaftliche Gesellschaft für Ost- und Westpreußen wolle beschließen:

1) Die Gesellschaft wünscht: eine Denkschrift über die Stellung der Ostsee-Provinzen im Zollvereine, welche namentlich objectiv entwickelt: ob und wie durch die Gesetzgebung des Zollvereins die Cultur-Entwickelung der Ostsee-Provinzen nach einzelnen oder nach allen Seiten hin, gehemmt ist und resp. mehr gehemmt ist, wie diejenige anderer Theile des Zollvereins-Gebiets;

und die daraus sich ergebenden Forderungen beleuchtet und dabei prüft, ob und wie weit solche mit denen des Freihandel-Prinzips überall oder nur theilweise zusammenfallen. Die Denkschrift hat ins Auge zu fassen und zu beleuchten, eines Theiles die verschiedenen Haupteinrichtungen des volkswirthschaftlichen Lebens in den Ostsee-Provinzen (Handel, Schifffahrt, Ackerbau und gewerbliche Thätigkeit), andern Theils die verschiedenen Factoren, durch welche der Zollverein auf dieselbe gewirkt hat, daher zu beleuchten den Zolltarif (nach Ein-, Aus- und Durchgangszöllen, bei den Eingangszöllen die Schutzzölle und namentlich die Getreide- und Holzzölle); ferner die zollamtliche Behandlung der Waaren und Schiffe (insbesondere ihre Anwendung auf den Seehandel), so wie endlich die Vertheilung der Zollvereins-Einnahme (Verhältniß der Ostsee-Provinzen an den im gesammten Zollverein aufgebrachten Zollerträgen, im Vergleich zu denen ihnen als Bestandtheil des preußischen Staats zu Theil gewordenen Leistungen);

2) deshalb setzt die Gesellschaft für eine solche Denkschrift einen Preis von 45 Friedrichsd'or aus und bestimmt, daß die Preisbewerbungsschriften in deutscher Sprache verfaßt, deutlich geschrieben, mit einem Motto und einem versiegelten Zettel, der auswendig dasselbe Motto trägt, inwendig aber den Namen und Wohnort des Verfassers ergiebt, bis zum 1. August 1861 beim Rechtsanwalt Röpell zu Danzig eingehen müssen,

und ordnet endlich an:

3) daß die eingehenden Schriften von dem zeitigen ständigen Vorstande, der durch Cooptation von 3 bis 5 Sachkennern (die nicht Mitglieder des Vereins zu sein brauchen) sich zu verstärken hat, bis zum 1. November 1861 zu prüfen sind und von dem so gebildeten Preisrichter-Collegio das Urtel über die Zuerkennung des Preises zu fällen und dasselbe durch die „Danziger Zeitung" bekannt zu machen ist;

4) daß die prämiirte Schrift als Eigenthum der Gesellschaft zu drucken und zu verbreiten ist.

Herr Dr. Büttner stellt zu diesem Antrag folgendes Amendement:

Den Vorstand zu ersuchen, daß er der Preisausschreibung in Betreff einer Denkschrift über die Stellung der Ostseeprovinzen im Zollverein, den Passus hinzufüge:

daß die Bewerber Rücksicht nehmen mögen auf die volkswirthschaftlichen Folgen der Cartellconvention mit Rußland und daß sie zugleich die Rechtsbeständigkeit derselben erörtern wollen.

Da jedoch die von Hrn. Dr. Büttner vorgebrachte Frage an und für sich wichtig genug ist, um event. in einer besonderen Denkschrift ausführlich behandelt zu werden, beschließt die Versammlung, nachdem Herr Dr. Büttner sich damit einverstanden erklärt hat, die Verhandlung über die Cartellconvention mit Rußland auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen und erhebt den Behrend-Röpell'schen Antrag zum Beschluß.

IV. Betreffend die Provinzialstatistik ist Seitens des Vorstandes folgender Antrag eingebracht worden:

Der volkswirthschaftliche Congreß wolle erklären:

1) daß er für jetzt von der Sammlung statistischer Nachrichten, betreffend die gewerbliche Industrie, abstehe;

2) zur Zeit die Thätigkeit seiner Mitglieder und Organe auf die landwirthschaftliche Statistik richten wolle, und

3) in dieser Beziehung beschließe:

a. durch den ständigen Vorstand unter seine Mitglieder eine besonders zu diesem Zweck entworfene Tabelle (die wir später näher bezeichnen) zu vertheilen, damit sie selbst, resp. unter Benutzung geeigneter Organe, in ihrem Kreise für die Ausfüllung dieser Tabelle und deren Einsendung an den Vorstand Sorge tragen;

b) den ständigen Vorstand zu ermächtigen: den Landschullehrern und sonstigen Personen, welche sich gegen eine Vergütigung von 1 Sgr. pro Ackergrundstück (von dem sie die Tabelle aufnehmen) zu dieser Arbeit bereit erklären, eine solche Vergütigung für die Sammlung der statistischen Nachrichten aus den Gesellschaftsmitteln zu zahlen, auch diejenigen Sammler, die sich durch eine besondere Mitwirkung auszeichnen, dem Congresse der Gesellschaft zur Bewilligung einer besonderen Prämie oder zum Ausdruck einer besonderen Anerkennung zu empfehlen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage bei, wünscht jedoch einem Amendement des Hrn. v. Hennig gemäß, daß der Vorstand dafür Sorge trage, die betreffenden Versuche vorläufig nur in Einem, näher von demselben zu bestimmenden Kreise, zur Ausführung zu bringen und dafür die ihm angemessen erscheinenden Remunerationen aus der Gesellschaftskasse zu bestreiten.

V. Schließlich wird auf Antrag des ständigen Vorstandes beschlossen, von den von Prince Smith durch den Druck veröffentlichten Schriften „Der eiserne Hebel des Wohlstands" und „Rede über Handelsfreiheit", je 1000 Exemplare für die Summe von 20 Thlr. aus der Gesellschaftskasse anzukaufen, unter die Mitglieder zu vertheilen und durch dieselben in weitern Kreisen verbreiten zu lassen.

Auf der Tagesordnung der nächsten, am Sonnabend den 5. Januar abzuhaltenden, Sitzung stehen: Petition betr. Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Gewerbesteuer- und Armenpflegefrage.

Die Sitzung schloß nach ½3 Uhr Nachmittags.

*II. Sitzung am 5. Januar.] Die 2. Sitzung, welcher auch der durch seine schriftstellerischen Leistungen rühmlichst bekannte Nationalökonom Prince Smith aus Berlin beiwohnte, wurde am Sonnabend Vormittag 10 Uhr eröffnet und sogleich zu den auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungen geschritten.

I. In Betreff der Armenpflege ist von Herrn Oberbürgermeister Phillips folgender Antrag eingebracht:

Der Congreß erkennt die Nothwendigkeit der Vergrößerung der jetzigen Armen-Verbände an und behält sich vor, bei Gelegenheit der Berathung einer neuen Gemeinde-Ordnung im Abgeordnetenhause über diesen Gegenstand zu petitioniren, und beschließt ferner, durch seine Mitglieder die Bildung von Hilfskassen auch für solche Berufsklassen, die bisher dergleichen noch nicht gehabt haben, anzustreben, um hierdurch und durch sonstige auf die Selbstthätigkeit gerichtete Maßnahmen mit der Zeit die Beseitigung der Zwangsarmenpflege zu ermöglichen.

Antragsteller motivirt denselben in einer ausführlichern, eingehenden und von der Zustimmung der Versammlung begleiteten Auseinandersetzung. Er wirft, nachdem er angegeben, in welcher Ausdehnung der Pauperismus in den einzelnen Ländern Europas um sich gegriffen, einen Rückblick auf die historische Entwickelung der Armengesetzgebung. Im Alterthum und im Mittelalter sei die Armenpflege nicht ein Gegenstand der Gesetzgebung gewesen; im Mittelalter habe die christliche Kirche, dem Grundsatz der Wohlthätigkeit treu, als Regel gelten lassen, den vierten Theil des Kirchengutes für Arme zu verwenden. Mit der Reformation und der darauf folgenden Einziehung der Kirchengüter in den protestantischen Ländern hätte sich die Lage der Armen so verschlimmert, daß der Staat durch die Gesetzgebung habe Abhilfe schaffen müssen. Am einfachsten zu überschauen sei die Entwickelung der Armengesetzgebung in England, wo schon durch das Statut vom Jahre 1602 in jedem Kirchspiele zwei Commissarien eingesetzt wurden, welche für Beschäftigung resp. Unterstützung der Bedürftigen zu sorgen hatten. Sie hatten das Recht, durch eine besondere Auflage von den Bürgern die Mittel dazu aufzubringen (die Armentaxe). Diese Auflage stieg allmälig so hoch, daß man sich 1634 zu einer Reform durch Ausdehnung der Kirchspiele gezwungen sah. Aehnlich habe sich die Armen-Gesetzgebung in Deutschland und Preußen entwickelt. In letzterem Staat werde durch das Gesetz vom 31. Dezember 1842 bestimmt, daß zur Unterstützung eines Armen die Gemeinde verpflichtet sei, in welcher der Arme als Mitglied aufgenommen oder seinen Wohnsitz habe, oder nach erlangter Großjährigkeit sich drei Jahre aufgehalten habe. Die Novelle vom 21. Mai 1855 habe einige Härten dieses Gesetzes gemildert, im Wesentlichen aber nichts geändert. Es sei bekannt, daß über die gegenwärtigen Armenverhältnisse vielfach Klage geführt werde, in einzelnen Gemeinden werde das Armenbudget von Jahr zu Jahr größer, ohne daß die Zahl der Armen erheblich zunehme. Er habe nun die Ansicht, daß die ganze durch das Gesetz bestimmte und geregelte Armenpflege verwerflich sei. Erstens sei sie in ihrer Tendenz verschleierter Communismus. Haben die Armen auch kein Klagerecht, so können sie das durch die Gesetze gewissermaßen gegebene Recht auf Unterstützung doch im administrativen Wege geltend machen. Die Armen haben einen guten Theil des Vermögens der Uebrigen inne, welches sich von Jahr zu Jahr vermehre. Er halte das für gesetzlich geregelten Communismus. Zweitens liege in der durch Gesetze bestimmten Armenpflege eine Ungerechtigkeit einmal gegen die Rittergüter, welche die Last der Armenpflege tragen, ohne die ihnen früher gesetzlich zugestandenen Rechte auszuüben und dann in Bezug auf die Vertheilung und

Abgrenzung der Armenverbände. Es gebe kleine Güter, die ganz von Armen verzehrt werden. Um die Armenlast zu erleichtern, sei es nothwendig, die Armenverbände zu vergrößern. Schließlich werde aber durch die gegenwärtige Gesetzgebung eine der schönsten menschlichen Tugenden, die Wohlthätigkeit, zerstört. Die Privaten würden den Armen, die wirklich der Unterstützung bedürften, dadurch entfremdet, daß das Gesetz die Sorge für dieselben übernimmt. Hiernach sei also die gesetzlich geregelte Armenpflege verwerflich und erforderlich, andere Wege ausfindig zu machen, um die Armuth zu heben. Es sei in dieser Beziehung theils vom Staat, theils von Privaten Manches geschehen. Gewisse Berufsklassen, namentlich Handwerker und Fabrikarbeiter, haben sich zu gegenseitiger Unterstützung vereinigt und Hilfskassen gebildet. Unzweifelhaft seien solche Verbände auch für die übrigen Berufsklassen zu empfehlen: den Dienstboten, ländlichen und städtischen Arbeitern 2c. 2c. Dadurch würde die Nation zur Selbstthätigkeit angeregt. Die Abhilfe des Pauperismus liege in der Selbsthilfe, nicht aber in der Begünstigung desselben durch das Gesetz.

Alsdann ergriff Herr Prince Smith das Wort, um die vorgelegte Frage in prinzipieller Weise nach den Hauptgesichtspunkten der Volkswirthschaftslehre in einem klaren und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage (welcher den Mitgliedern der Gesellschaft in einem besonderen Abdruck zugehen soll) zu beleuchten. Er wies nach, daß Armuth, als eine Krankheit des volkswirthschaftlichen Lebens, für ein sicheres Zeichen der unzulänglichen Wirksamkeit volkswirthschaftlicher Faktoren gelten müsse, deren Bestimmung es sei, Wohlstand zu verbreiten und Jedem die seinen Leistungen entsprechenden Mittel zum Unterhalt zu verschaffen; er wies nach, daß das Elend naturgemäß in die Wirthschaft nicht hineingehöre und darin nur durch wirthschaftswidrige Gewalt aufrecht erhalten werden könne. Es sei daher auch für den Volkswirth nicht die Frage zu beantworten, wie die Armen am leichtesten und besten zu verpflegen seien, sondern vielmehr diejenige, auf welchem Wege die Ursachen der Armuth gemindert und weggeräumt würden. Die Armuth entspringe aus Mangel an Arbeitskraft, Arbeitsgeschick und Arbeitsgelegenheit. Die Letztere sei die hauptsächliche Quelle der Armuth. Sie entstehe dadurch, daß ein bedeutender Theil des vorhandenen Capitals nicht productiv verwerthet werde. Der Betrag des vorhandenen Capitals sei für die Lage der Arbeiter allein entscheidend. Wachse jenes durch richtige Wirthschaft, so wachse auch der Lohn für die Arbeit. Gegen die Vermehrung des vorhandenen Capitals seien eine große Anzahl von Hindernissen wirksam: Gewerbebeschränkungsgesetze, Beschränkungen der Verfügung über Grund und Boden, Beschränkung des Handels, des Credits durch Wuchergesetze, beengende Bank-Vorschriften und die sogenannten indirecten Steuern. Die Production werde durch das daraus folgende Unterbleiben von Thätigkeiten sehr erheblich gelähmt.

Prince Smith geht alsdann über zu einer Kritik der Staatsbudgete der einzelnen Länder und weist nach, daß ein großer Theil von Capital zu unproductiven Zwecken verbraucht werde und auch hierin ein Grund zur Erzeugung der Armuth liege. Namentlich seien es die gewaltigen Ausgaben für militärische Zwecke, gegen welche der Volkswirth ankämpfen müsse. Gesetzt, die für Militärzwecke in Preußen mehr verbrauchten 16 Millionen würden verwendet, um in jeder Provinz eine Bank mit 2 Millionen Zuschuß jährlich zu gründen, so würde nach zehn Jahren jede dieser Banken über ein Grundcapital von 25 Millionen verfügen und eine große Anzahl von productiven Unternehmungen 2c. damit ins Werk gesetzt werden können. So lange die bestehenden Heere das Einkommen so erheblich kürzen, könne die Massenarmuth nicht schwinden. Das Militär-Budget verzehre jährlich 50 Millionen Thaler; dafür könne man 100,000 Familien permanentes Brod gewähren. Die Armenpflege aber müsse als ein sehr verderbliches Palliativmittel gegen die Armuth betrachtet werden. Das Geld für die Almosen vermindere die Summe des Capitals überhaupt in ganz ungerechtfertigter und schädlicher Weise. Alsdann sei aber das gesetzliche Verbot des Verhungerns eine Täuschung und ein falsches Beschwichtigungsmittel für das Gewissen des Staats. Es sei ein Naturgesetz, daß Jeder bei der Strafe des Darbens für seinen Unterhalt selbst sorgen müsse. Verantwortlich machen für den Unterhalt Jemandes könne man Niemanden, es sei denn den Herrn für seinen Sklaven.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden spricht die Versammlung Hrn. Prince Smith für seinen gediegenen, klaren Vortrag durch Aufstehen besonders ihren Dank aus.

Herr Heinr. Geysmer ist der Ansicht, daß die Reformen in der Armenpflege nur auf dem Wege des Gesetzes und mit Hilfe der leitenden Staatsorgane möglich sei. Redner geht alsdann auf die Freizügigkeit über, erklärt sich dagegen, daß die Versammlung sich für unbedingte Einführung derselben ausspreche und stellt folgenden Antrag:

Der Congreß beschließt, daß bei Emanation eines neuen Gesetzes über Armenpflege es heißen soll:

Jeder unbescholtene, selbstständige, preußische Unterthan kann an dem Orte, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu verschaffen im Stande ist, seinen Aufenthalt und Wohnsitz nehmen: 1) Wenn die Gemeinde, in die er aufgenommen werden soll, ihm die Aufnahme ohne Bedingungen gestattet. 2) Wenn er ein hinlängliches Vermögen nachweist, dessen Höhe durch den Betrag der Kosten, die erforderlich sind, um eine Familie während drei Jahren zu erhalten, bestimmt ist. 3) Wenn er nachweist, daß er gegen Verarmung versichert ist und für den Fall, daß der Antrag angenommen, eine Commission zu wählen, die beauftragt wird, dem nächsten volkswirthschaftlichen Congreß den Entwurf eines Statuts vorzulegen, zur Begründung einer Land-Armen Versicherungs-Anstalt auf Staatsgarantie.

Nachdem noch Hr. Aaron (Königsberg) und Hr. v. Hennig (Plonchott) sich gegen diesen Antrag ausgesprochen, wird derselbe abgelehnt, der Phillips'sche oben erwähnte Antrag dagegen mit großer Majorität angenommen.

(Schluß des Berichts folgt.)

* Für das Denkmal für Heinrich Simon sind bis jetzt aus unserer Provinz ca. 800 Thlr. eingegangen. Wie wir hören, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Errichtung eines Monuments aus Stein und Erz unterbleiben, dafür ein Denkmal mehr geistiger Natur gesetzt werden wird. Man hat nämlich die Ueberzeugung gewonnen, daß es unmöglich sein dürfte, für ein plastisches Denkmal eine den Verhältnissen der Alpenwelt entsprechende Form zu finden. Die großartige Natur derselben drückt jedes Werk von Menschenhand zu etwas Kleinlichem herab; auch die größte Säule, das colossalste Monument muß inmitten der massigen Felswände winzig, unbedeutend und nichtssagend erscheinen. Man beabsichtigt deshalb, aus den eingegangenen Beiträgen auf der von den Schweizern geschenkten Ehrenstätte unter dem Namen: Heinrich-Simon-Stiftung eine Bildungs- und Erziehungsanstalt zu gründen, in welcher Knaben zu wahrhaft freien, denkenden und thatkräftigen Männern herangebildet und auch für Söhne unbemittelter Flüchtlinge Freistätten eröffnet werden sollen. Der Grund und Boden, der nicht allein zu einem stattlichen Bau, sondern auch zu umfangreichen Park- und Gartenanlagen ausreicht, befindet sich bereits in den Händen des Comités. Baumaterial ist zur Stelle und die Gemeinde Murg, auf deren Terrain die Stiftung zu erbauen wäre, würde der Sache gewiß ihre lebhafteste Unterstützung zu Theil werden lassen. Unzweifelhaft wird diese Veränderung des ursprünglichen Planes allgemeine Zustimmung finden und eine Vermehrung der Beiträge zur Folge haben.

* Der W. Rehfeldt'sche Gesangverein bereitet sich zur demnächstigen Aufführung des Haydn'schen Oratoriums „Die Schöpfung" vor.

* Der am 2. d. M. nach der Stadt, um Beschäftigung zu suchen, gegangene Arbeiter Tachlinski, auf Stolzenberg wohnhaft, wurde am 4. d. beim Altdorfer-Teiche erfroren gefunden. Er soll am 3. Abends in angetrunkenem Zustande zum Neugarter Thore hinausgegangen sein.

— (K. H. Z.) Die Angelegenheit der „Bresler-Stiftung" nimmt ihren Fortgang und wird sich hoffentlich zu einem recht günstigen Resultate gestalten. Das Vorsteher-Collegium der hiesigen Marienkirche ist gegenwärtig mit dem Entwurf der Statuten der betreffenden Stiftung beschäftigt. Dieselben müssen zunächst der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden, ehe der Vorstand mit der Sache vor die Oeffentlichkeit zu treten befugt ist. Im Publikum äußert man sich in doppelter Beziehung über die Gründung einer „Bresler-Stiftung" sehr günstig; indem einerseits die Liebe und Hochachtung, welche der Verstorbene überall hier genoß, ein derartiges unvergängliches, würdiges Denkmal wünschenswerth erscheinen läßt; anderntheils aber auch die Theilnahme, welche den bedürftigen Schullehrerwittwen in unserer Stadt gezollt wird, jene Idee fördernd beeinflußt. Wie sehr letzteres der Fall ist, geht auch daraus hervor, daß man jede Gelegenheit wahrnimmt, für diesen Zweck die milde Hand aufzuthun. So besteht hier seit 9 Jahren ein Frauenverein, deren Mitglieder, meistens Frauen noch im Amte befindlicher Lehrer, es sich zur Aufgabe gemacht haben, hilfsbedürftigen Lehrerwittwen allmonatlich bestimmte Gaben zu verabreichen. Die Mittel dazu werden theils von Lehrern, theils von Privat-Wohlthätern aufgebracht. Man sammelt indessen kein Kapital für eine folgende Generation — wie dies bei der Regierungs-Schullehrer-Wittwenkasse der Fall ist — und läßt die vorhandenen Wittwen darben, sondern vertheilt nach Maßgabe der Anzahl der Bedürftigen die ganze Einnahme. Auf diese Weise sind im Ganzen bereits 1730 Thlr., im verflossenen Jahre allein 368 Thlr. und zwar an 24 Wittwen vertheilt worden. Der Ertrag einer Vorlesung des verstorbenen Consist.-Raths Bresler, welche derselbe am 300jährigen Todestage Philipp Melanchthons im Saale der Gewerbehauses hielt, sowie die Einnahme aus einem Concerte der hiesigen Gesangvereine, welches als Nachfeier zum Königsberger Sängerfest im hiesigen Schützengarten veranstaltet wurde, machten es möglich, daß im vorigen Jahre so viel geschehen konnte. Die Noth der Lehrer-Wittwen nahm stets Bresler's ganze Theilnahme in Anspruch, und wo er es nur konnte, bewies er dieselbe durch die That. Daß die „Bresler-Stiftung" daher gerade dieser Tendenz gewidmet werden soll, erklärt sich aus diesem Umstande.

Marienburg, 4. Januar. Rittmeister v. Massenbach hat in neuester Zeit eine durch Actienzeichnung gegründete Reitbahn ins Leben gerufen. Der Bau des Gebäudes mit den Stallungen ist so vortheilhaft ausgeführt, daß größere Kunstreiter-Gesellschaften dasselbe bequem benutzen können. — Die Erweiterung unserer höheren Töchterschule ist mit Beginn dieses Jahres vor sich gegangen. Es sind neue Lehrkräfte herangezogen und die Schule in 5 Klassen getheilt.

* Elbing, 5. Januar. Heute Vormittag brach in dem hiesigen Hauptsteueramts-Gebäude Feuer aus. Trotz aller Bemühungen konnte dasselbe im Entstehen nicht gedämpft und das in Fachwerk ausgeführte Gebäude mußte den Flammen preisgegeben werden.

γ Königsberg, 7. Januar. Wie bedeutend und umfangreich die Zunahme des Handelsverkehrs seit 20 Jahren hier geworden, ergiebt folgender statistischer Nachweis. Während i. J. 1840 in Pillau und hier 928 Schiffe eingekommen und ebenso viele ausgegangen, beträgt die Zahl der ersteren im verflossenen Jahre 2060 mit 113,524 Last, und die der letzteren 2055 mit 115,314 Last. Ein Verhältniß, welches für die gesunde, gedeihliche Entwickelung unseres Handels zeugt, und welches wir später im Einzelnen nachweisen werden. — Herr Prof. Caspari, Director des hiesigen botanischen Gartens, bereitet den Druck eines Pflanzen-Kataloges dieses Instituts vor. Durch Veröffentlichung dieses Verzeichnisses wird der Garten erst seinen wahren Zweck erreichen, den Besuchern eine Stätte der Belehrung zu werden, was er bis jetzt nur im beschränkten Maße für die Botaniker vom Fache war. — Der hiesigen Buchhandlung von Schubert und Seidel ist das Prädicat „academische Buchhandlung" beigelegt worden. Herr Schubert ist der Sohn des Abgeordneten Geheimrath Schubert von hier. — Die „Königsberger Sonntagpost" von Dr. Julius Rupp erscheint seit Beginn dieses Jahres in Folio und bringt in einem Feuilleton novellistische Arbeiten.

* Der Musiklehrer Meißner in Königsberg ist zum Musiklehrer an der Universität daselbst ernannt worden.

Memel, 2. Januar. (T. Z.) Während in Tilsit der Handwerker-, polytechnische und politische Verein sich eines gedeihlichen Fortgangs erfreut, zeigten bis jetzt sich an unserem Orte die Versuche erfolglos, größere Associationen unter Männern, die verschiedenen Berufssphären angehören, zu Stande zu bringen. Die Aerzte, Juristen und Geistlichen halten ihre geregelten Zusammenkünfte, um sich über Gegenstände ihrer endlosen Wirksamkeit mit Ausschluß aller anderen Standesgenossen zu unterhalten. Eine herrschende Richtung unserer Tage hat sich in schneidender Eigenthümlichkeit in unserer Stadt ausgebildet, die Aristokratie der Geistreichen, wie Heinrich Steffens irgendwo sie nennt. Es ist eine Art offene Loge, welche von ihren Mitgliedern neben geselliger Bildung eine Leichtigkeit fordert, jede Anspielung schnell zu fassen oder wieder zu geben und vor Allem eine entschiedene Anlage für den stehenden Witz voraussetzt. Das soll mit dem Anfange dieses Jahres bei uns aufhören, es soll nach den in unseren Local-Blättern vorausgegangenen Ankündigungen ein geselliger Verein ins Leben treten, welcher, durch bestimmte Statuten in seiner Thätigkeit geordnet, sich zur Aufgabe macht, Vorkommnisse und Fragen des politischen und socialen Lebens zur gemeinschaftlichen Diskussion zu bringen. Die Constituirung des Vereins findet erst am 5. Januar statt; der General-Versammlung wird die aus fünf Mitgliedern ernannte Commission den Entwurf des Statuts zur definitiven Beschlußnahme vorlegen. Man ist darauf gespannt, ob ein bestimmtes politisches Glaubensbekenntniß den Eintritt bedingen oder ob es jedem unbescholtenen Mann gestattet werden wird, die ohne Zweifel interessanten Vorträge anzuhören.

Bromberg, 5. Januar. (G.) Die Lehrer des diesseitigen Regierungsbezirks fangen nun auch an, bei der Königl. Regierung wegen Erhöhung der Wittwenpensionen zu petitioniren. In einer diese Angelegenheit betreffenden Versammlung, welche im Tonn'schen Lokale am 28. v. Mts. hier abgehalten und von ca. 30 Lehrern besucht wurde, ist der Beschluß gefaßt worden, die Regierung dahin zu bewegen, daß die Pension von 18 Thlrn., so viel beträgt dieselbe jetzt, auf jährlich 50 Thlr. erhöht werde. Gegenwärtig zahlt jedes Mitglied bereits 2 Thlr. 10 Sgr. jährlich und das Grundkapital beträgt gegen 52,000 Thlr.

λφ Von der westpreußisch-pommerschen Grenze, 5. Januar. Wir dürfen es für unsere Gegend, wo die Bevölkerung namentlich in der deutschen Einheitsfrage noch nicht einmal bei dem Alpha der politischen Entwickelung angelangt ist, als ein freudiges Ereigniß bezeichnen, daß eine Anzahl selbstbewußter Männer des Schlochauer und Konitzer Kreises den Entschluß gefaßt haben, für diese beiden Bezirke eine Beitrittserklärung zum deutschen Nationalverein auf Grund des auf der letzten General-Versammlung zu Koburg aufgestellten Programms, zu veranlassen. Zwei Gutsbesitzer, zwei Juristen und ein Medicinalbeamter, deren Namen allgemeine Achtung verdienen, haben zu diesem Zwecke eine Versammlung ausgeschrieben, die am 7. d. Mts. in Konitz zusammentreten wird. Wenn man die Stimmen minder wägen als zählen will, so wird die Zahl der Beitretenden voraussichtlich eine große sein; denn die Grundsätze des Nationalvereins, wenn sie auch noch nicht überall zum richtigen Verständniß gekommen sind, theilt hier, bis auf eine verschwindend kleine Minorität, Jedermann. Die Bildung des ersten festen Kernes ist jedenfalls vollständig gesichert, da die Vertreter der Intelligenz und des großen Grundbesitzes ganz bestimmt ihren Beitritt zugesagt haben.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 7. Januar 1861. Aufgegeben 2 Uhr 46 Minuten.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 20 Minuten.

		Letzt.Crs.			Letzt.Crs.
Roggen fester, loco	50¾	50⅝	Preuß. Rentenbr.	94¼	94
Januar	50⅝	50¼	3½% Wstpr. Pfdbr.	83¼	83
Frühjahr	50¼	50	4% Pos. Pfandbr.	88	—
Spiritus, loco ..	20¼	20	Ostpr. Pfandbriefe	82¾	82¾
Rüböl Januar ..	11 11/24	11 5/12	Franzosen	120½	122
Staatsschuldscheine	86	85⅞	Nationale	48¼	49
4½% 56r. Anleihe	100½	100⅜	Poln. Banknoten	87⅛	87⅛
5% 59r. Pr. Anl.	105	104¼	Petersburg. Wechs.	—	97⅛
			Wechselc. London	—	6. 17½

Fondsbörse matt.

London, 5. Januar. Nach dem neuesten Bankausweis beträg der Notenumlauf 20,511,595, der Metallvorrath 12,652,839 L.

Producten-Märkte.

Danzig, den 7. Januar. Bahnpreise.

Weizen alter nominell; frischer heller fein- und hochbunter möglichst gesund 125/27—129/30/32 ℔ nach Qualität von 90/95—97½/100/102½/105 Sgr; ordinair, hell, dunkel- und hellbunt, krank 117/20—123/26 ℔ nach Qual. von 67½/80—85/89/90 Sgr.

Roggen schwerer 57 Sgr, leichter 56½—56 Sgr pr. 125 ℔ mit ½ Sgr Differenz pr. ℔.

Erbsen von 50/55—60/62 Sgr.

Gerste kleine 98/100—102/6 ℔ von 39/42—44/47 Sgr, gr. 100/104—107/8 ℔ von 42/47—52/54 Sgr.

Hafer von 20/23—28/30 Sgr.

Spiritus 21½ Rthlr. pr. 8000 % Tralles.

Getreide-Börse. Schönes klares Frostwetter. Wind SW.

Bei schwacher Kauflust und zu unveränderten Preisen sind am heutigen Markte 18 Lasten Weizen verkauft. Bezahlt für 120 ℔ ordinair ausgewachsen fl. 480; 126 ℔ hellbunt fl. 572½; 128 ℔ gut bunt fl. 582.

Roggen 125 ℔ fl. 342; leichtere Qualität 115 bis 122 ℔ fl. 330 bis 337½ pr. 125 ℔.

Weiße Erbsen fl. 348, 360, 366, 368.

104 ℔ große Gerste fl. 288; 106/7 ℔ fl. 318; 108 ℔ fl. 330.

Spiritus unverändert.

Durchschnitts-Marktpreise in Danzig

vom 1. bis 31. December 1860.

		Rthlr.	Sgr.			Sgr.	Pf.
Weizen	pr. Scheffel	2	20	Weizenmehl	pr. Metze	9	3½
Roggen	" "	1	23½	Roggenmehl	" "	4	11
Gerste	" "	1	17	Gerstengrütze	" "	8	9
Hafer	" "	—	28	Hafer-Grütze	" "	6	6
gr. Erbsen	" "	2	15	Buchw.- do.	" "	11	—
w. Erbsen	" "	2	1	Graupe	" "	9	6½
Speisebohnen	" "	4	—			Rthlr.	Sgr.
Kartoffeln	" "	—	28	Branntwein 36%	pr. Ohm	13	16½
Raps	" "	—	—	do.	pr. Quart	—	4
Leinsaamen	" "	2	15	Weißbier	" Tonne	4	10
Rindfleisch	pr. Pfund	—	4½	do.	" Quart	—	2
Hammelfleisch	" "	—	3½	Braunbier	" Tonne	4	10
Schweinefleisch	" "	—	4¾	do.	" Quart	—	2
Kalbfleisch	" "	—	5	Heu	" Ctr.	—	27½
Speck	" "	—	7½	Stroh	" Schock	6	15
Butter	" "	—	8¾	Büchenholz	" Klafter	7	27½
Talg	pr. Ctr.	20	—	Fichtenholz	" "	5	15
gegoss. Lichte	pr. ℔	—	7½	Landtaback	" ℔	—	1½
gezog. Lichte	" "	—	7½	Reis	Ctr.	7	22½

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 6. Januar. Wind: WSW., später SO.
Den 7. Januar. Wind: W.
In der Rhede im Eise:
Capt. Hundt, Triton.
Das Dampfschiff „Hecla" ist zur Assistenz abgegangen.
Nichts in Sicht.

See- und Stromberichte.

* Aus Helsingör, den 6., Abends 10 Uhr, wird telegraphirt: Festes Eis zwischen Helsingör und Copenhagen — vom Kattegat offen bis Helsingör Hafen. — Im Kattegat Treibeis.

Berlin, den 4. Januar.

	B.	G.		B.	G.
Amsterdam kurz	141½	141¼	Paris 2 Mon.	78⅛	78⅔
do. do. 2 Mon.	141	140⅞	Wien öst. Währ. 8 T.	67	66⅞
Hamburg kurz	150½	150¼	Petersburg 3 W.	97⅛	97
do. do. 2 Mon.	149⅞	149⅝	Warschau 90 SR. 8 T.	87⅓	87⅛
London 3 Mon.	6. 17⅝	6. 17⅜	Bremen 100 Rthlr. G. 8 T.	108⅛	108⅝

* Danzig, 7. Januar. Staatsschuldscheine 86 Br., 85½ bez. Westpr. Pfandbriefe 3½ % 83 Br. Staats-Anleihe 4½ % 101 Br. do. 5 % 105¾ Br.

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Rickert in Danzig.

Verein junger Kaufleute.

Mittwoch, den 9. Januar, Abends 7 Uhr, Vortrag des Herrn Kreyenberg (in französischer Sprache) über das Wesen der amerikanischen Poesie. Von 6—7 Uhr Bücherwechsel.

Der Vorstand.

Stadtverordnetenversammlung.

Dienstag, 8. Januar 1861, Nachmittags 4 Uhr,

Tagesordnung:

1) In geheimer Sitzung:

Berichterstattung über die Umgestaltung der Stadtverordneten-Registratur; Bewilligung dafür. — Bericht und Antrag des Stadtverordneten-Sekretairs diese Umgestaltung betreffend.

2) In öffentlicher Conferenz:

Abstattung eines kurzen Jahresberichtes durch den Vorsitzenden. — Entlassung der ausscheidenden Mitglieder.

Eröffnungs-Sitzung der Periode 1861:

Verpflichtung der neu gewählten Mitglieder. — Bildung des neuen Bureaus. — Beschluß über die Wahl der Deputations- und Commissions-Mitglieder

Danzig, 4. Januar 1861. **Walter.**

Ihre vollzogene eheliche Verbindung zeigen ergebenst an

Neustadt, den 4. Januar 1861.

Herrmann Pillath, Bürgermeister.
Anna Pillath, geb. **Volkmann**.

Gestern Abends 11 Uhr ward meine Frau, geb. Hermes, von einem kräftigen Mädchen glücklich entbunden, welches Freunden und Bekannten statt jeder besondern Anzeige hiedurch mittheile.

Wittomin, den 6. Januar 1861.

F. Wienecke.

Heute 1¼ Uhr Mittags verstarb nach einem 5wöchentlichen Krankenlager und sehr schwerem Kampfe unser geliebter Gatte, Vater und Großvater, der Rentier

Louis Crisolli

in seinem 71. Lebensjahre an Altersschwäche.

Tief betrübt zeigen wir dies Freunden und Verwandten, um stille Theilnahme bittend, an.

Bromberg, den 4. Januar 1861.

Die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Aus dem hiesigen Kämmerei-Walde sollen 1000 Kiefernhölzer zum Flößen verkauft werden. Hiezu steht Termin auf den 15. Januar cr., Vormittags von 8 bis 12 Uhr in unserm Geschäfts-Lokal an. Die Bedingungeu können während der Dienststunden stets eingesehen werden.

Osterode, den 3. Januar 1861.

Der Magistrat.

Das den Stellmacher August Böhnig'schen Eheleuten zugehörige zu Graudenz auf der Marienwerder Vorstadt sub No. 475 belegene Grundstück, bestehend aus einem massiven Wohngebäude mit Erker, einem Hintergebäude mit 3 Holzställen, einem hinter dem Hauptgebäude gelegenen Hof, einem Garten und einem hinter letzterem gelegenen Stück Ackerland, abgeschätzt auf 5995 Thlr. 10 Sgr., zufolge der nebst Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehenden Taxe, soll in termino

am 1. Juli 1861,

Vormittags 11 Uhr,

in nothwendiger Subhastation an hiesiger Gerichtsstelle verkauft werden.

Gläubiger, welche in irgend einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigund suchen, haben sich bei dem unterzeichneten Gerichte mit ihrem Anspruche zu melden.

Die ihrem Aufenthalte nach unbekannte Realgläubigerin, unverehelichte Mathilde Franciska Rohde in Leibnick wird zu dem obigen Termin hierdurch öffentlich vorgeladen.

Graudenz, den 26. November 1860.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. [1868]

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmann Jacob Samuel Goldschmidt werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht, bis zum

28. Januar 1861

einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 7. Februar 1861,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Herrn Gerichtsrath Haack im Verhandlungszimmer Nro. 2 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Akkord verfahren werden.

Zugleich ist noch eine zweite Frist zur Anmeldung bis zum **28. März 1861** einschließlich festgesetzt, und zur Prüfung aller innerhalb derselben nach Ablauf der ersten Frist angemeldeten Forderungen Termin auf den

13. April 1861,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem genannten Kommissar anberaumt. Zum Erscheinen in diesem Termin werden alle diejenigen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen anmelden werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Wer dies unterläßt, kann einen Beschluß aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht anfechten.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwalte Justizräthe Liebert, Bluhm und Besthorn zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Danzig, den 28. Dezember 1860.

Königl. Stadt- und Kreisgericht.

I. Abtheilung. [2251]

Schwarzen Crepp empfehlen

Julius Sommerfeldt & Co.,

Brodbänkengasse 48, vis-à-vis der Gr. Krämergasse.

NB. Den Herren Offizieren werden Epauletts ꝛc. gratis garnirt.

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.

Statutenmäßiges Grund-Capital Thlr. 2,000,000.

Erste Emission Thlr. 1,000,000.

Concessionirt für die Königl. Preußischen Staaten durch Ministerial-Reskript vom 26. Februar 1860.

Wir beehren uns hierdurch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß, nachdem wir den Herrn **Ludwig Haase** in Danzig zu unserem General-Agenten ernannt haben, derselbe als solcher die hohe landespolizeiliche Bestätigung erhalten hat und von uns bevollmächtigt ist Versicherungen gegen Feuerschaden rechtsverbindlich für uns abzuschließen.

Berlin, den 24. Dezember 1860.

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.

Der General-Bevollmächtigte für das Königreich Preußen.

Fr. Buschius.

Mit Bezugnahme auf obige Anzeige empfehle ich mich zur Annahme von Versicherungen gegen Feuerschaden auf Mobilien, Fabrikanlagen, Waarenlager, Feldfrüchte, Vieh, überhaupt auf alle beweglichen Gegenstände, auch Immobilien, soweit es gesetzlich gestattet ist, unter Zugrundelegung liberaler Police-Bedingungen, zu billigen aber festen Prämien.

Danzig, den 2. Januar 1861.

[1955] **Ludwig Haase, Comtoir: Langgasse No. 1.**

Verloosung des Friedrichsbades in Altona.

Mit Allerhöchster Genehmigung soll in der **1. Klasse der Königl. Dänichen Lotterie,** deren Ziehung am **25. März 1861** stattfindet, das vor drei Jahren neu errichtete Etablissement, genannt

Friedrichsbad,

in der Stadt **Altona** belegen, ausgespielt werden.

Inhaber des Looses, wofür derselbe 3 Thlr. Preuss. Crt. entrichtet, erhält, wenn auf dieses Loos in genannter Ziehung der grösste Gewinn fällt, das **Friedrichsbad** mit **sämmtlichen Gebäuden und dem Bade-Inventar schulden- und kostenfrei ausgeliefert.**

In dem schön angelegten Garten enthält das Friedrichsbad auf dem Flächenraum von 188,000 □ Fuss:

1) **Ein zweistöckiges Wohnhaus,** zur Restauration und zum Logiren eingerichtet;
2) **Ein einstöckiges Gebäude,** enthaltend 6 Sommerwohnungen, jede zu 4 Zimmern;
3) **Ein mit Veranda umgebenes Conversationshaus** von 84 Fuss Fronte;
4) **Ein zweistöckiges Badehaus** von 150 Fuss Länge mit Maschinenhaus, Dampfheizung und Wasserleitung vermittelst kupferner Röhren, eingerichtet zu medicinichen u. einfachen Bädern, enthaltend 3 Dampfbäder, 46 Bade-Cabinette und 5 Wartezimmer;
5) **Ein grosses Badebassin** im Freien mit Wärterhaus und 20 Cabinetten, dasselbe kann jederzeit mit frischem Elbwasser gespeisst werden;
6) **Drei grosse Fontainen** und
7) **Eine grosse Marmorstatue.**

Der Garten und sämmtliche Localitäten sind mit Gasleitung versehen, und die Einrichtung des Ganzen in jeder Beziehung solide, elegant und bequem.

Das **Friedrichsbad** hat seinem Erbauer mehr als 81,000 Thlr. Preuss. Crt. gekostet.

Die Ausgabe der Loose wird amtlich controllirt.

Wiederververkäufer, welche einen ansehnlichen Rabatt erhalten, wollen sich franco wenden an

M. Cahn, gr. Elbstrasse in Altona,
oder **Haasenstein & Vogler**, Blücherstrasse in Altona.

NB. **Einzelne Loose werden gegen franco Einsendung von 3 Thlr. Preuss. Crt. geliefert.** [2339]

Nachdem der Schiffsmäkler Hendewerk seine Stelle Kränklichkeit halber niedergelegt hat und die Wiederbesetzung derselben von uns beschlossen worden ist, fordern wir hiermit zur Meldung für die Stelle auf, und wollen dem Eingange solcher Meldungen bis

zum 8. Januar 1861

entgegensehn.

Die Bedingungen, welchen sich die Bewerber um die Stelle zu unterwerfen haben, und namentlich ein Beschluß des Aeltesten-Collegii, nach welchem in Zukunft die Functionen der Schiffs-Abrechner und Schiffsmäkler vereinigt werden sollen, können in unserem Bureau, Hundegasse No. 95, des Näheren eingesehn werden.

Danzig, den 13. December 1860.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Goldschmidt. C. R. v. Frantzius.
[1886] **Bischoff.**

Bei **Th. Bertling,** Gerberg. 4, erschien:

Danziger Volks-Kalender für 1861. 5. Jahrgang. Mit zwei Ansichten: „Oliva" und die Weichselverwüstungen bei dem Dorfe Bohnsack." Enthält den astron. Kalender mit Papier durchschossen, nach dem Meridian der Provinz Preußen berechnet. Jahrmärkte. Genealogie. Z. Unterhaltung: Der Friede zu Oliva. Sonnenaufgang auf dem Karlsberge bei Danzig. Moritz Ferber und Schön-Aennchen. Historisch-romantische Novelle aus Danzigs Vorzeit von Dr. A. Schreiner. Zur russischen Leibeigenschaft. Angeführt! Eine Erzählung aus Schillers Leben. Gedichte: Die Thräne. Sehnsucht. Beiträge zur Wetterprophezeihung. Vermischtes. Nützliches Allerlei. Anekdoten.

Preis 7½ Sgr.

Gleichzeitig erschien! Das wohlgetroffene Portrait Sr. Majestät König Wilhelm I. von Preußen.

Gez. u. lithogr. von Busse. Druck von Gebr. Delius in Berlin.

Die Abnehmer des Danziger Volks-Kalenders erhalten dieses vorzüglich ausgeführte Kunstblatt auf Verlangen als Prämie gegen 5 Sgr. Zuzahlung.

Vom Prediger Czerski sind uns auf's Neue zugegangen:

Garibaldi und die freireligiöse Reform in Italien,

und liegen Exemplare bei unserm Mitgliede Herrn A. de Payrebrune, Hundegasse Nr. 52, zum Verkauf aus, à 2½ Sgr.

Der Vorstand der freireligiösen Gemeinde.

Schwarzen Crêpe

empfiehlt auf's Neue

Adolph Lotzin,

Langgasse 76.

Um mit meinem bedeutenden

Pelzwaaren-Lager zu räumen, verkaufe sämmtliche Gegenstände desselben, als: Pelze für Herren in jedem Genre, Schlittendecken, Muffen, Stolas, Manschetten, Fußkörbe ꝛc. zu bedeutend ermäßigten Preisen.

J. Auerbach, Langgasse 26.

Herrengarderoben, wobei sich auch Kutscher-Livrees befinden, werden zum Kostenpreise fortgegeben.

Damen-Mäntel u. Jacken

in allen Stoffen werden zu jedem annehmbaren Preise verkauft bei

J. Auerbach, Langgasse 26.

Auction mit Rio-Kaffee.

Donnerstag, den 10. Januar 1861, Vormittags 10 Uhr, wird der unterzeichnete Mäkler in der Königlichen Niederlage des Bergspeichers durch öffentliche Auction an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkaufen — für Rechnung wen es angeht

74 Säcke Rio-Kaffee, Marke F.,

welche mit dem Schiffe „Elise", Capitain Wockenfoth hier eingekommen sind.

[2317] **Rottenburg.**

Schwarzen Crêpe empfiehlt in ganzen Stücken, wie nach der Elle, billigst

F. Giesebrecht,

Jopengasse 47.

Garnirungen für die Herren Offiziere und Beamte werden in kürzester Zeit angefertigt.

Wirthinnen,

die über ihre Befähigung in der Landwirthschaft gute Zeugnisse aufzuweisen haben, erhalten Placement mit 40—60 Thlr. Gehalt d. d. **Erkundigungs- u. Nachweisungs-Bureau in Königsberg i. Pr., Mühlenberg No. 6, bei Florentine Priew,** geb. Schenk. [2248]

Ein, einer achtbaren Familie angehöriges, gebildetes Mädchen, mosaischen Glaubens, wünscht sich als Gesellschafterin oder auch als Gehülfin in der Wirthschaft in einem guten Hause, hier oder in der Umgegend placirt zu sehen. Auf Honorar wird wenig Rücksicht genommen. Offerten erbittet man in der Exp. d. Ztg. unter der Adr. J. M. 2336.

Langgasse 28 sind zum April zwei Vorderzimmer an einen Herrn mit auch ohne Meubles zu vermiethen.

Eine **Bierbrauerei** im guten Zustande und bestem Erfolge soll billig und mit einer Anzahlung von 2000 Thlr. verkauft werden. Näheres Heilige Geistgasse 51 bei **Moritz.**

Zum Kochen und Backen empfiehlt sich eine Frau. Zu erfragen Am Stein No. 1 part.

Ich wohne **nicht** Langgarten 19, wie es im Wohnungs-Anzeiger für 1861 irrthümlich angegeben ist, sondern **Langenmarkt 28.**

M. W. Friedländer,
Lehrer und vereidigter Translateur der englischen Sprache.

[2328]

Tanzunterricht von J. P. Toresse.

Freitag, den 18. Januar 1861, beginnt ein neuer Cursus in meinem Salon. Anmeldungen nehme ich täglich Vormittags entgegen.

Brodbänkengasse 40. **J. P. Torresse.** Brodbänkengasse 40.

Danziger Schillerstiftung.

General-Versammlung Mittwoch, den 9. Januar, Abends 7 Uhr, im Auditorium No. 2 der Handelsakademie, Hundegasse 10.

Decharge — Mittheilung des von Weimar eingelaufenen Rechenschaftsberichtes.

Der Vorstand.

Gewerbe-Verein.

Vorlesung zum Besten des Vereins.

Mittwoch, den 9. d. M., Abends 7 Uhr, Vortrag über **„Garibaldi" von Herrn Behrend de Cuvry.** Die geehrten Abonnenten werden hierzu eingeladen, für Nicht-Abonnenten kostet das Eintrittsbillet an der Abendkasse 5 Sgr.

Der Vorstand.

Erwiederung.

In No. 1 des hiesigen Danziger Dampfboots befindet sich unter der Rubrik „Lokales" ein Artikel, wonach ein Schornsteinbrand und nachher ein Aufbrennen desselben unter Aufsicht der Feuerwehr in meinem Hause stattgefunden haben soll.

Diese nun völlig aus der Luft gegriffene Zeitungsente berechtigt mich zu der Erklärung, daß weder ein Schornsteinbrand noch ein Aufbrennen in meinem Hause stattgefunden, und kann solches der Herr Brand-Inspector Müller der Wahrheit gemäß bestätigen.

Danzig, den 5. Januar 1861.

C. Wienke,
Schornsteinfegermeister.

Familien-Nachrichten.

Geburten: Eine Tochter: Hrn. Prediger Witte (Culm). — Hrn. Adolph Wittkowsky (Thorn).

Verlobungen: Fräul. Julie Domansky mit Hrn. Eduard Mitzlaff (Danzig—Elbing). — Fräul. Clara Pieper mit Hrn. Heinrich Lengnick (Danzig—Königsberg). — Fräul. Pauline Kretschmer mit Hrn. Oeconomie-Inspektor Wilhelm Eisenach (Pr. Holland—Sehmen).

Todesfälle: Frau Louise Pitzner, geb. Kramer, 70 J. a. (Tilsit). — Frau Louise Becker, geb. Scharkus, 51 J. a. (An-Ballgarden). — Conditor Philipp Brasch, 42 J. a. (Culm). — Herr Heinrich Friedländer (Königsberg). — Frau Gertrudis Helbich, geb. Domkowsky, 50 J. a. (Allenstein). — Fleischermeister Rud. Aug. Vorrath, 44 J. a. (Königsberg).

Angekommene Fremde.

Am 6. u. 7. Januar.

Englisches Haus: Rittergutsbesitzer Baron von Schmalensee n. Fam. a. Gr. Paglau, Baron von Hammerstein a. Schwartow. Gutsbes. Friedrich a. Neudorff. Oberst Hoschus n. Fam., Forstkundiger Kauffmann, Unteroffiziere Kapalygin u. Gordejew a. St. Petersburg. Kaufl. Ephraim, Wilhelmi, Lewin, Boesenroth, Frankenstein u. Terberger a. Berlin, Bohnen a. Crefeld, A. Müller u. B. Müller a. Marienburg, Weyl a. Breslau, Peltzer a. Cöln u. Fabrik. Allihn a. Mühlhausen.

Hôtel de Berlin: Lieut. v. Kistowsky a. Luxemburg. Kaufl. Schwarz a. Schwetz, Bieberstein a. Magdeburg, Forcelius a. Merseburg u. Schimmelpfennig a. Hamburg.

Hôtel de Thorn: Ober-Amtmann Rostoski a. Halberstadt u. Blaunbehrens a. Ziesar. Rittergutsbes. Hammer a. Dombrowo. Dr. Domaschewski a. Oranienburg. Kaufl. Brandt a. Berlin, Kleinecke a. Hamburg, Sinder a. Posen u. Frau Rittergutsbes. v. Zerlinden a. Altkloster.

Schmelzer's Hôtel: Rittergutsbesitzer v. Koß n. Gem. a. Menneritz. Oberbetriebs-Inspector Ackermann a. Cöln. Gerichts-Rath Heumann n. Familie a. Königsberg. Fabrikbesitzer Gladisch a. Leipzig. Rent. Elze a. Tilsit. Kaufl. Friedrich a. Barmen, Meissner a. Frankfurt a. O., Böing a. Paris, Wiener a. Breslau u. Soldin a. Berlin.

Walter's Hotel: Landrath Pustar a. Hochkelpin. Rittergutsbes. Freiherr v. Raesfeld a. Lewino. Gutsbes. Hoffmann a. Pommern. Kaufl. Stein, Ewert, Grotjahn, Horn u. Schönwald a. Berlin, Meyer a. Leipzig, Deutsch a. Burg, Gericke a. Magdeburg, Tomsen a. Hamburg u. Auerbach a. Elberfeld.

Deutsches Haus: Kaufl. Wunderlich a. Marienwerder u. Hirsch a. Berlin. Gutsbes. Steinmetz a. Rheden. Gerichts-Assessor Hasse a. Pr. Stargardt. Gutsbes. Wunderlich u. Schmidt a. Rosbach. Rentier Rahn a. Marienburg.

Hôtel d'Olva: Gutsbes. Zielke n. Gem. a. Kolkow. Kaufl. Dreyfuß a. Cöln, Schnar a. Berlin u. Hessemer a. Czersk.

Hôtel St. Petersburg: Part. Gebr. Linder a. Graudenz. Kaufl. Kerzel a. Pelplin u. Döttlaff a. Rothebude.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königl. Navigationsschule zu Danzig.

Jan.	Stunde	Barom.-Stand in Par.-Linien	Therm. im Freien n. R.	Wind und Wetter.
6	12	338,02	—9,2	S. still; Oben hell, Horizont neblig.
7	9	337,14	—7,0	WSW. schwach; Oben hell, Horizont neblig.
	12	338,21	—6,7	WSW. mäßig; hell u. schön.

Hiezu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Beilage zu No. 800 der Danziger Zeitung.

Montag, den 7. Januar 1861.

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Wie gemeldet, erfolgt die Beisetzung der Leiche Sr. Majestät des Hochseligen Königs am Montag, 7. Januar, um 11 Uhr Vormittags. Ein Extrablatt des „Staats-Anz." enthält das ausführliche Reglement zu dem Leichenbegängnisse. Wir entnehmen der Anordnung des Zuges von Sanssouci nach der Friedenskirche in Potsdam, der von Abtheilungen der Potsdamer und Berliner Garnisonen eröffnet wird, einige Einzelheiten. Vor dem Sarge werden die Reichs-Insignien getragen: 1) das Kurschwert von dem Staatsminister v. Bethmann-Hollweg; 2) der Kurhut von dem Staatsminister Grafen v. Pückler; 3) die Ordenskette von dem Staatsminister Freiherrn v. Patow; 4) das Reichsinsiegel von dem Staatsminister Freiherrn v. Schleinitz; 5) das Reichsschwert von dem Staats- und Kriegsminister General-Lieutenant v. Roon; 6) der Reichsapfel von dem Staatsminister v. d. Heydt; 7) das Reichsscepter von dem Staatsminister v. Auerswald; 8) die Königliche Krone von dem Fürsten Wilhelm Radziwill; die Königlichen Ober-Hofchargen als Marschälle; dann folgt der Königliche Leichenwagen, dessen acht Pferde durch acht Stabsoffiziere geführt werden. Die Zipfel des über dem Leichenwagen liegenden Leichentuches tragen vier Ritter des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler: General der Infanterie v. Grabow, General der Cavallerie Graf v. d. Gröben, General der Infanterie v. Neumann, General der Infanterie v. Brese-Winiary; folgt das Reichspanier, getragen von dem General-Feldmarschall Freiherrn v. Wrangel, begleitet von den General-Adjutanten v. Gerlach und v. Lindheim; Seine Majestät der König und Ihre Majestät die Königin geleiten Ihre Majestät die verwittwete Königin, Seine Majestät der König von Hannover gehen rechts neben Ihren Königlichen Majestäten. Den Zug schließen Deputationen der Ministerien und sonstigen Behörden der Städte Berlin und Potsdam, der Universität, Akademie ꝛc. Den Zug schließt abermals Militär, welches außerdem Spalier von Sanssouci bis zur Friedenskirche bildet. Es ist gestattet, daß die Theilnehmer der Trauer-Procession in Mänteln erscheinen.

— Der „N. Pr. Ztg." geht ans Potsdam vom 4. Januar Folgendes zu: „Vor Jahren schon hat unser Hochseliger Herr und König über seine Bestattung schriftliche Verfügungen getroffen und dieselben mit der Aufschrift bezeichnet: „sofort nach meinem Tode zu eröffnen". Dieses Schriftstück, dessen Inhalt nach zuverlässigen Mittheilungen ein herrliches Zeugniß von der Glaubenszuversicht des heimgegangenen Königs enthält, und das unmittelbar nach seinem Abscheiden Ihrer Majestät der verwittweten Königin eingehändigt worden ist, bestimmt, daß die Leiche in dem, unter der Friedenskirche sich befindenden Gewölbe, in welchem sich ohne erhebliche Schwierigkeiten eine Gruft herstellen läßt, ihre dauernde Ruhestätte finden soll. Bis dahin, wo die nothwendige Baulichkeit vollendet sein wird, bleibt der Sarg in der Sakristei aufgestellt. Am Montage, den 7. Januar, wird in Sanssouci, und zwar in dem sogenannten Vortrags-Zimmer, in welchem König Friedrich der Große gestorben ist, und wohin der Sarg gestellt werden wird, eine Leichenpredigt von dem Ober-Hofprediger Dr. Strauß gehalten werden. Die Einsegnung der entseelten Hülle in der Friedenskirche ist dem Hofprediger Heym, der dem Könige in der langen Krankheit gleichfalls geistlichen Trost gewährt hat und auch am Sterbebette Sr. Majestät zugegen gewesen ist, überwiesen worden."

— Am Montag sollte eine neue Anklage gegen den Polizei-Director z. D. Stieber wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt beim Criminalgericht zur Verhandlung kommen. Der Termin wurde jedoch aufgehoben, weil die Entlastungszeugen an diesem Tage nicht sämmtlich erscheinen konnten.

— Bei der Staats-Anwaltschaft dürften in einiger Zeit erhebliche Personal-Veränderungen eintreten. Zunächst ist die Stelle des Ober-Staats-Anwalt Schwarck zu besetzen. Außerdem wird das Kreisgericht dem Vernehmen nach von Berlin verlegt und möglicherweise in zwei Kreisgerichte getheilt werden, als deren Sitz man die Städte Oranienburg und Mittenwalde bezeichnet. Es würden dann zwei Staats-Anwälte bei diesem Gerichte zu ernennen sein und zwar um so mehr, als der bisherige Staats-Anwalt des Kreisgerichts, Herr Adler, welcher schon seit langer Zeit in Folge eines Schlaganfalls an den Füßen gelähmt ist, keine Hoffnung zur Wiederherstellung giebt.

— Die neueste Nummer des „Justiz-Ministerialblattes" enthält eine Verfügung des Justiz-Ministers vom 2. d. Mts., wonach die bisher von den Gerichtsbehörden erhobenen Gebühren für die Introduction und Verpflichtung der Referendarien und Subaltern-Beamten vom 1. d. M. ab nicht weiter eingezogen werden sollen; der dadurch für die Bibliotheksfonds der Gerichte entstehende Ausfall wird in anderer Weise gedeckt werden.

— Der Abg. v. Weiher, Landrath des Kreises Flatow, hat sein Mandat für die Zweite Kammer niedergelegt. — Aus Naugard wird mitgetheilt, daß der Abg. Brüggemann sein Mandat niedergelegt hat.

— Die Thüringische Presse ist, gestützt auf Briefe von evangelischen Geistlichen in den Donaufürstenthümern, auf das Angelegentlichste bemüht, vor Auswanderungen dahin zu warnen, da diejenigen, welche, den Vorspiegelungen von Speculanten folgend, dorthin gegangen, sich in dem hilfsbedürftigsten Zustande befinden, wie neuerdings 70 deutsche Auswanderer aus der Gegend von Hildburghausen.

— (Prß. Ztg.) Aus der „Weser-Zeitung" ist in die „N. Prß. Ztg." und in andere öffentliche Blätter die angeblich aus zuverlässiger Quelle stammende Mittheilung übergegangen, daß kurz vor dem Schlusse der Berathungen der mecklenburgischen Landschaft über die Annahme des Grenzzollprinzipes einem der Führer der Landschaft ein Schreiben der Herren von Patow und von der Heydt zugegangen sei, wonach Preußen sich nicht auf einen Eisenbahn-Vertrag mit Mecklenburg einlassen werde, wenn letzteres sich von ihm absperren wolle. Ein derartiges Schreiben ist jedoch nicht ergangen, und kann die Mittheilung als eine unbegründete bezeichnet werden.

— Die ministerielle „Preuß. Ztg." schreibt: Die außerordentliche Zollvereins-Konferenz zur Berathung über die Bonification des Rübenzuckers beim Export und die Herabsetzung der Steuer auf indischen Zucker tritt am 8. d. Mts. zusammen. Wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, stehen auch mehrere Zollvereins-Regierungen im Begriff, für den Umfang des Vereinsgebietes auf den Erlaß eines Verbotes der Pferde-Ausfuhr anzutragen. Den Berichten zufolge steigern sich namentlich in Norddeutschland die für französische und sardinische Rechnung vorgenommenen Ankäufe von Pferden in bedenklichster Weise.

— Einen wahrhaft komischen Eindruck macht es, zu gewahren, in welch seltsame Widersprüche die „gute" Presse geräth, wenn sie gegen den Nationalverein zu Felde zieht. Während das eine Blatt dieser Gattung (wie auch die „N. Hann. Z.") der „machtlosen Gesellschaft, welche nur eine verschwindende Minorität bildet", alle Sympathien und allen Einfluß abspricht, ruft das andre die Polizei gegen die „gefährlichen Wühlereien" desselben zu Hilfe oder jammert, „daß der Verein mit aller Macht dahin strebe, Oesterreich den Beistand zu entziehen, auf den es zu zählen berechtigt ist." Das ist aber alles noch nichts gegen die sich direct gegenüber stehenden Expectorationen der Regierungsorgane der beiden Hessen! Die „Kasseler Z." schließt einen mißbilligenden Artikel über die Sammlungen zu einem Denkmal für Stein mit den Worten: „Stein ist so zu sagen der Urvater des National-Vereins", und die „Darmst. Z." beklagt, „daß in Darmstadt ein bekanntes Mitglied des Nationalvereins es wagen darf an die Spitze des Steincomités zu treten", denn, sagt sie: „Stein und der Nationalverein! das sind — die wahren Antipoden!"

— Der Artikel des halboffiziellen „Dresd. Journal" aus Frankfurt, den wir im telegraphischen Auszuge brachten, lautete wörtlich wie folgt:

„Die Organe des Nationalvereins ermüden nicht ihr Publikum über die Lage der Holsteinischen Frage am Bunde — ob aus Unwissenheit oder übler Absicht bleibe dahingestellt — zu täuschen und die Sache so darzustellen, als stoße Preußen bei seinen in der Sache gefaßten Entschlüssen auf Hindernisse von Seiten anderer Bundesregierungen. Es wäre unrecht, diese durchaus irrige Meinung in das neue Jahr mit hinüber zu nehmen. Preußen ist zunächst dabei betheiligt, wenn die Ausführung des vom Bunde zu fassenden Beschlusses kriegerische Eventualitäten herbeiführen sollte, und hat daher auch die Rücksicht anzusprechen, den einzuschlagenden Weg zu bezeichnen. Oesterreich und alle Bundesstaaten — es müßte denn Niederland wegen Luxemburg und Limburg seine Auslassung noch vorbehalten haben — haben sich bereit erklärt, den Anträgen Preußens unbedingt zuzustimmen und sie zum einmüthigen Beschlusse zu erheben. Wenn daher diese Entscheidung noch hingehalten werden sollte, so könnte dies nur in andern Umständen seinen Grund haben. Was aber auch immer die Ursache der Verzögerung sein möge, die übrigen Bundesregierungen tragen keine Schuld daran. Ganz im Gegentheil sind sie zum Aeußersten bereit, und wenn das Recht der deutschen Herzogthümer nur mit dem Schwerte erkauft werden könnte, so scheuen sie den Krieg weder gegen Dänemark noch contra quemcunque. Mit dem Aufgebot aller Kräfte werden sie Preußen auf den Bahnen folgen, die es zu betreten vorschlägt, und wenn ungeachtet dieser kund gegebenen Gesinnung das letzte Wort zurückgehalten wird, so ist eine Aufklärung hierüber von preußischer Seite zu erwarten, den übrigen Bundesregierungen aber soll man nicht nachsagen, daß sie den Schritten Preußens irgend ein Hinderniß in den Weg legen."

— Den „H. N." wird von hier telegraphirt: Die Angabe des „Dresdener Journals" über die holsteinische Angelegenheit ist durchaus unbegründet.

— Die Annahme des Preußischen gezogenen Geschütz-Systems von Seiten Oesterreichs wird durch die österreichische „Militär-Zeitung" bestätigt, und es bezieht sich demzufolge das neuliche Dementi der officiellen „Preußischen Zeitung" in dieser Angelegenheit wohl nur auf die Mittheilung verschiedener Blätter, daß Oesterreich in Preußen eine Bestellung auf eine Anzahl solcher Geschütze aufgegeben habe. Wie von gewöhnlich gut unterrichteter Seite versichert wird, sollen vielmehr nur ein oder einige Geschütze dieser Art als Probemodelle preußischer Seits an Oesterreich überlassen worden sein, wogegen die Anfertigung und Ausführung einer größern Anzahl derselben ganz diesem letztern Staate überlassen bleibt. Der Schwerpunkt liegt hier unbedingt in der Annahme des preußischen Systems auch von Seiten der österreichischen Regierung, womit in dieser Angelegenheit für das deutsche Wehrwesen in der That der erste Schritt zu einer gemeinsamen Bewaffnung und Ausrüstung des deutschen Bundesheeres angebahnt ist. Da Oesterreich keine eigenen größeren Gußstahl-Fabriken besitzt, so erscheint es übrigens sehr wahrscheinlich, daß dieser Staat seinen Bedarf an Gußstahlblöcken für die erwähnte Geschütz-Fabrikation aus preußischen Fabriken beziehen wird. Es wird allgemein noch hinzugefügt, daß Oesterreich als Entgeld für die Ueberlassung des Geheimnisses der Fabrikation dieser Geschütze und der Munition für dieselben an Preußen das Geheimniß der von dem österreichischen Artillerieobersten Baron Leuck verbesserten Schießwolle überlassen hat, und daß mit diesem neuen Schießmaterial nächstens auch Preußischerseits umfassende Versuche angestellt werden sollen. In sachverständigen Kreisen hört man vielfach die Ansicht aussprechen, daß den Vorzügen dieses neuen Stoffes gegenüber die Tage des Pulvers gezählt erscheinen dürften.

Baden. Der Großherzog hat eine Monstranz von etwa 5000 Fl. an Werth der Münsterkirche in Konstanz zum Geschenk gemacht und an dasselbe die Bestimmung geknüpft, sie nicht nur an hohen Festtagen, sondern auch am Todestage des Freiherrn von Wessenberg auszustellen.

Wien, 4. Januar. (Schl. Ztg.) Die Nachricht von dem Verbleiben des Grafen Rechberg im Ministerium hat hier nicht angenehm berührt. Es heißt zwar, Herr v. Schmerling werde nicht zurücktreten und sein Programm durchführen; man glaubt jedoch nicht mehr daran und betrachtet die Demission Schmerlings als etwas sicher Bevorstehendes. Die Partei, deren zehnjähriger Einfluß Oesterreich zu dem gemacht hat, was es gegenwärtig ist, wird demnach aller Wahrscheinlichkeit nach wieder die herrschende werden und man kann sich auf eine Reihe von Maßregeln gefaßt machen, welche den deutlichen Beweis liefern werden, daß der Jubel über die wiedererstandene Freiheit in Oesterreich ein verfrühter war. Die Stimmung, welche in diesem Augenblick hier herrscht, ist eine ungemein gedrückte. An der Börse notirt man den Silber-Cours bereits mit 47. Der kleine Capitalist scheut nicht den großen Verlust und giebt seine Papiere weg, um sich Devisen anzuschaffen, denn er hofft dadurch doch Einiges zu retten. Das Vertrauen ist fast ganz gesunken.

— Die Nachricht über einen neuen im Finanzministerium vorbereiteten Plan zur finanziellen Reform wird bestätigt. Der Plan hat zwei Voraussetzungen: daß alle Kronländer, Ungarn und Venetien eingeschlossen, die Solidarität für die gesammte Reichsschuld übernehmen, und daß kein Krieg die Vorkehrungen zur Durchführung des Planes unterbreche. Herr v. Plener hat, ohne Einzelheiten seines Systems zu verlautbaren, die Ueberzeugung ausgesprochen, daß auf dem von ihm zu empfehlenden Wege eine gründliche Heilung möglich sei. Nur so viel hört man über das System, daß der Grundgedanke desselben auf der freiwilligen Mitwirkung der gesammten Nation ohne Inanspruchnahme des auswärtigen Credits beruht.

— In Laibach war, als das Schmerling'sche Rundschreiben dort bekannt wurde, sofort eine Illumination der Stadt beschlossen worden, die aber von der Polizei nicht genehmigt wurde. Ueber die desfallsigen Verhandlungen berichtet die „Gratzer Tagespost" folgendes Nähere: „Die Polizei sah es als eine Demonstration im Gegensatze zu dem 20. October, wo nichts geschah, an, und der Bürgermeister Guttmann erhielt um 6 Uhr den Befehl, die Beleuchtung abzusagen. Er erwiderte, die Bürger wollen es, und finde der Polizeidirector etwas Polizeiwidriges darin, so möge er es selbst absagen lassen und die Folgen auf sich nehmen. Das that er nicht. Dagegen wurde Guttmann Abends noch zum Landeshauptmann, dem Grafen Hohenwart, citirt, und der behandelte ihn wie einen Schuljungen, warf mit den Worten „Unsinn" und „Dummheiten" herum, und als ihm Guttmann erwiderte: „Ich bin der erste Stadtbeamte und Sie der erste Staatsbeamte in Laibach; ich repräsentire die Gemeinde und habe ihren Willen zu vollziehen. Nachdem Schmerling selbst die Autonomie der Gemeinde erklärt, glaube ich, haben die Bürger wohl das Recht, eine Beleuchtung anzuordnen", und sich hierauf entfernen wollte, fuhr ihn Graf Hohenwart barsch mit den Worten an: „Sie haben zu bleiben, bis ich Sie entlasse!" Guttmann sagte: „Herr Graf, ich verwahre mich gegen diese Beleidigungen und werde dem Herrn Staatsminister hierüber die Anzeige machen!" Dies wirkte und von nun an wurde der Bürgermeister „Lieber Herr v. Guttmann!" titulirt. Doch dieser hat bereits die Klage, die nach Wien geht, aufgesetzt, und sie dürfte von den Gemeinderäthen mit unterzeichnet werden." Nach späteren Nachrichten soll dem Landeshauptmann über sein Verhalten ein Verweis von Wien zugegangen sein und derselbe darauf um seine Entlassung nachgesucht haben.

England.

London, 3. Januar. Der Tod des Königs von Preußen wird von der „Times" nicht als ein Ereigniß von großer politischer Bedeutung angesehen. Friedrich Wilhelm IV. sei von Jugend auf ein fast passiver Zuschauer fürchterlicher Kämpfe und ungeheurer Zeitereignisse gewesen und habe seinen ersten Unterricht in der Geschichte durch die allmälige Demüthigung aller deutschen Staaten erhalten. „Der Traum einer nordischen Conföderation war wahrscheinlich die erste politische Idee von hoffnungsvollem Charakter, welche in die Seele des jungen Prinzen kam, und nicht mit Unrecht wird angenommen werden mögen, daß aus dieser Wurzel im späteren Jahren unter sehr verschiedenen Umständen Zweige und Früchte kamen. Die aus diesem Schema schwach entwickelten Anfänge können so als Muster der preußischen Diplomatie bis auf den heutigen Tag betrachtet werden. Gleichwohl war damals der schöne Traum rasch und rauh von andersdenkenden Leuten zerstört." Am Schlusse ihres Artikels spricht sich die „Times" folgender Maßen aus: „Friedrich Wilhelm IV. war in Allem gut und beinahe groß, nur nicht als König. Weder die Natur noch die Umstände haben ihm verstattet, auch dies zu sein. Wäre er der Mann gewesen, eine große Rolle zu spielen, so würde es wahrscheinlich seinem Lande schwer zu stehen gekommen sein, und wäre das Land in der Lage gewesen, dem Genius und den Thaten eines anderen Friedrich des Großen als Rückhalt zu dienen, so würde es in dem verstorbenen König keinen Führer gefunden haben. Er war ein Mann von Herz und von Kopf, ein Genius, ein Mann von Geist, ein Gelehrter, ein Sentimentalist, ein Theologe, ein Künstler, ein guter Gesellschafter, ein lieber Freund — Alles, nur kein König; und wenn nichts von ihm gerühmt wird, als Preußen zusammengehalten zu haben, so hat er seinen Beruf erfüllt."

Frankreich.

Paris, 3. Januar. Das halbamtliche Dementi des Moniteur-Bulletins in Betreff der fortwährend hier umlaufenden Gerüchte über eine demnächst zu machende Staats-Anleihe hat nicht ungünstig auf die Finanzwelt gewirkt, obgleich man ein etwas stärkeres Argument als den momentan niedrigen Stand der Schatzbons gewünscht hätte. — Die Abfahrt des französischen Geschwaders vor Gaëta soll jetzt definitiv auf die Mitte Februars festgesestt sein. Dasselbe würde sich um diese Zeit als Observations-Geschwader in das adriatische Meer begeben. Die junge Königin von Neapel wollte vor einigen Tagen Gaëta verlassen und hatte den Hafen bereits im Rücken, wurde aber durch einen heftigen Sturm genöthigt, wieder umzukehren. — Graf Walewski bereitet eine Reform in einem seiner Verwaltungszweige vor, die, so moralisch sie auch sein mag, dennoch in gewissen Kreisen große Unzufriedenheit erregen wird. Graf Walewski beabsichtigt nämlich, ein Reglement für alle kaiserlichen Theater auszuarbeiten, wodurch jedem, der nicht bei einer theatralischen Aufführung beschäftigt ist, der Zutritt hinter die Coulissen strengstens untersagt wird.

Paris, 3. Jan. Der „Moniteur" meldet heute in seinem Bulletin die traurige Botschaft von dem Tode des Königs von Preußen. Wenn er hinzufügt, daß der Regierungswechsel keine Aenderung in der Politik nach sich ziehen werde, so hat er Recht; er ist aber durchaus falsch unterrichtet, wenn er sagt, einem „Extrablatt des Staats-Anzeigers" (das er unmöglich selbst gesehen haben kann) zufolge werde „der neue König die Zügel der Regierung als Friedrich Wilhelm V. ergreifen.

Niederlande.

Aus dem Haag, 2. Januar. Die letzten aus Indien hier eingetroffenen Nachrichten, welche bis zur Mitte des vorigen Monats reichen, bringen noch gar nichts zur Beruhigung über den Aufstand in Banjermassing. Die kleinen Gefechte dauern fort. Die Befestigungen der Rebellen werden angegriffen, selten sofort erstürmt, und meist ziehen sich die Vertheidiger, nachdem sie mehrere Attacken abgeschlagen haben, aus eigenem Antriebe zurück, um an einer anderen geeigneten Stelle in den endlosen Waldungen ein neues Bollwerk aufzuwerfen und zu vertheidigen. Dabei weiß der Sohn der Wildniß die passirbaren Pfade durch rohen, aber listig angebrachten Mechanismus dem Marschirenden gefährlich zu machen. Da beunruhigen Baumschnellen und Menschen-

fallen, Höllenmaschinen mit Pfeilregen, deren Wirkungen fast immer tödtlich werden, die Märsche der Gouvernementstruppen. Namentlich hemmen diese unsicheren Wege die Nachtmärsche, während die Hitze des Tages größere Dilocationen unthunlich macht. Ein weit gefährlicherer Umstand faßt in den indischen Gouvernementstruppen Wurzel. Das dortige Heer ist zum Theil aus Eingeborenen zusammengesetzt. Unter diesen letzteren nun äußert sich die Neigung zu Desertionen auf die Seite der Rebellen in bedenklichem Grade. Die Ueberläufer vergessen keineswegs, ihre Waffen mitzunehmen, und werden mit der Zeit gewiß eines der gefährlichsten Elemente des Aufstandes bilden. Aller dieser Gründe wegen ertönt der Ruf nach Verstärkung der Expeditionstruppen durch Europäer oder vorzugsweise durch Afrikaner. Auf Borneo wurden die Aufständischen ebenfalls wieder rühriger. Die Proclamation hinsichtlich der Einverleibung Banjermassings hat den Funken der Unzufriedenheit, die schon lange die Waffe erhoben hatte, zur neuen lodernden Flamme angeblasen. Man hatte dort, nicht ohne alle Intelligenz, einen Plan vorbereitet, dessen Ausführung dahin gehen sollte, durch Concentrirung aller aufständischen Streitkräfte den unvorbereiteten Regierungstruppen einen vernichtenden Schlag zuzufügen. Dennoch wurde dieses Project durch eilige Herbeiziehung von Regierungstruppen vereitelt, und demnächst wandten sich die Aufständischen zu der Organisation der bis zur Verzweiflung ermüdenden Guerillas. Auch auf diesem Theile der ostindischen Besitzungen fließt Blut in ewig sich wiederholenden kleinen, bedeutungslosen Gefechten, die nicht zu vermeiden sind und bei denen die Rebellen zum Rückzuge in die unwirthbaren und undurchdringlichen Wälder zwingen, aus denen fortwährend Kriegsruf zum stets erneuten Angriff ertönt.

Italien.

Turin, 1. Januar. Ratazzi ist heute zum Könige berufen worden, der ihn ausgeforscht und ihm seine Absichten ans Herz gelegt. Ratazzi hat sich aber, wie man glaubt, geweigert. Man ist heute ziemlich düster gestimmt, und ich höre von Personen, welche einen großen Antheil an den Angelegenheiten haben, daß es sehr schlecht gehe. In einer Abendgesellschaft von Italienern, Ungarn, Polen und Franzosen, in welcher ich geladen war, wurde sehr an dem Kriege gezweifelt.

— Aus Gaëta verlautet nichts Neues weiter, als daß die drei östlichen Mächte, welche den Kaiser der Franzosen um Schutz für den König Franz ersuchten, in der spanischen Regierung eine Verstärkung erhalten haben, indem Isabella II. erklärt hat, daß ihre Kriegsschiffe auf alle Fälle, „folge daraus, was da wolle“, vor Gaëta bleiben und den Platz von der Seeseite schützen würden. So lange das französische Geschwader auf der Rhede bleibt, ist diese Erklärung harmlos; sollte jedoch Le Barbier wirklich zu Anfang Februars abziehen, so wird Persano sich schwerlich durch zwei spanische Kriegsschiffe abhalten lassen, loszuschlagen.

— Der ganze Generalstab von Garibaldi ist zerstreut; Türr befindet sich hier, Bixio in Genua und wird in Acqui bleiben, um sein Bein zu curiren. Eber ist nach London, Carini in Neapel wird lange in Ischia bleiben müssen, um seinen Arm zu behalten. Cosenz und Medici treten in die piemontesische Armee, und Crispi hat sich zurückgezogen und macht in Palermo den Advokaten. In Caprera sind nur die paar Intimissimi und harmlosen Leute Vechi, Gurmoli u. s. w.

— Der Pariser Correspondent der „Times“ macht auf eine russische Flugschrift aufmerksam, die in Petersburg zur Zeit der Zusammenkunft in Warschau erschien und nur in 25 Exemplaren abgezogen wurde. Die Flugschrift empfiehlt ein Bündniß mit Frankreich.

— Einem Schreiben aus Sicilien vom 30. Dezember zufolge haben die Behörden der Insel aufs Neue den General Fregola zur Uebergabe der Citadelle von Messina aufgefordert, welche bis zum 31. März verproviantirt ist. Einem vom General abgehaltenen Kriegsrathe wohnten ohne Ausnahme sämmtliche Offiziere der Garnison bei. Es wurde darin einstimmig erklärt, daß man sich nicht ergeben, sondern im Fall eines zu gleicher Zeit erfolgenden Land- und Seeangriffs sich bis aufs Aeußerste vertheidigen würde. Angesichts dieser Antwort und da der Besitz der Citadelle von Messina in diesem Augenblick für die Piemontesen von keinem Interesse ist, so sind die militärischen Operationen einstweilen eingestellt worden. Am 23. Dezember war der Kriegsdampfer „Tage“, von der Flottenabtheilung des französischen Admirals Le Barbier de Tinan, im Hafen von Messina vor Anker gegangen.

— Eine Adresse an Victor Emanuel welche in Rom circulirt, lautet:

„Sire! Wir protestiren gegen diese Occupation (die französische), welche uns verhindert, unseren eifrigsten Wunsch auszurufen, der dahin geht, ein Mitglied der großen italienischen Familie unter dem constitutionellen Scepter Eurer Majestät zu bilden; wir bitten Sie zu gleicher Zeit, beim Kaiser der Franzosen dahin zu wirken, daß durch Abberufung seiner Truppen alle Hindernisse beseitigt, der Annexionsschrei ungehindert ausgestoßen werden könne.

— Aus Venedig erfährt man fortwährend, daß die dortige Bevölkerung in der verzweiflungsvollsten Stimmung ist.“

Rußland.

Warschau, 2. Januar. (Schl. Z.) Das war gestern eine merkwürdige Neujahrsgratulation in unserer Stadt. Gewiß wurden dies Mal in keinem einzigen gebildeten Hause die Glückwünsche ohne politische Mittheilungen und Besprechungen ausgetauscht. In bürgerlichen Häusern, sogar in solchen von deutscher Abstammung, läßt man die Kinder patriotische Lieder lernen und schürt in den empfänglichen Seelen das Feuer nationalen Stolzes und Hasses. Die ganze jüngere Welt scheint gleichen Sinnes, und auch von den älteren ist der größte Theil jugendlich gestimmt. Keine Klasse, nicht einmal die der Beamten, ist der Bewegung der Geister entgegen, und die Hoffnung, daß das neue Jahr das Vaterland wieder erstehen sehen werde, lebt in allen Herzen. — Die Unterstützung des Glaserhandwerks durch nächtliche Fenstertrümmerung nimmt ihren Fortgang. So hat man neulich auch Ihrem Generalconsul ein paar Scheiben eingeworfen; aus welchem Grunde, ist uns unerklärlich geblieben. — Daß die Tonangeber der unzufriedenen Partei den Bällen abgeneigt seien, war längst durch die anonymen Briefe an mehrere Damen klar geworden. Die neue Ressource, welche dem Beispiele ihrer kaufmännischen Schwester, von der ich Ihnen neulich schrieb, nicht folgte und am Sylvesterabend einen Ball gab, mußte diesen Heroismus mit einem ziemlich entschiedenen Desaveu der Damenwelt und einem eingeworfenen Fenster büßen, wobei leider ein ältlicher Herr eine kleine Verletzung an der Stirn davon trug. — Von einem Besuche Sr. Majestät des Kaisers ist es wieder ganz still geworden. Dagegen hört man von Marschbefehlen, die an Truppen im Kaiserreiche für Polen ertheilt worden sind.

Von der polnischen Grenze, 2. Jan. (Br. W.) Durch die polnischen Zeitungen läuft das Gerücht, daß Cadek Pascha (der polnische Renegat Michael Czaykowski), der mit einem Regiment polnischer Sultan-Kosaken und einem Regiment polnischer Dragoner an der Grenze von Bosnien ein Lager bezogen hatte, sich mit diesem Truppentheile in die Walachei geschlagen habe und in die Dienste des Hospodaren Kouza getreten sei. Sollte dies Gerücht sich bestätigen, so würde dies nächstdem ein Ereigniß von großer Wichtigkeit sein, als dadurch der erste Grund zur Bildung polnischer Legionen in den Donaufürstenthümern gelegt wäre. — Die Auswanderung der deutschen Bevölkerung aus dem westpreußischen Kassuben und der Provinz Posen nach dem Königreich Polen hat ihren ungestörten Fortgang und bringt letzterm Lande insofern nicht geringen Gewinn, als die neuen Ansiedler sich durch Fleiß, Fähigkeit und Moralität von den einheimischen Arbeitern sehr vortheilhaft auszeichnen. Auf den Drybuz'schen Gütern allein haben sich im vorigen Jahr über 80 Familien aus Kassuben angesiedelt, die der Besitzer auf seine Kosten hatte kommen lassen.

Asien.

— Nach dem russischen, in den „Wjedomosti“ veröffentlichten Berichte über die Einnahme von Peking hat der russische General Ignatiew, nachdem der Kaiser von China nach der Mandschurei entflohen war und für den Kopf eines jeden schwarzen Barbaren (Franzosen) 50 Lan (1 Lan = 2 Rubel 30 Kopeken) und jedes weißen (Engländers) 100 Lan ausgesetzt und zur Vernichtung der Barbaren mittelst Manifest aufgefordert und geschworen hatte, dieselben fürchterlich zu bestrafen, die Vermittlung des Friedensschlusses übernommen. Bevor die Verbündeten in die Stadt einzogen, begab sich der russische General Ignatiew mit 14 Kosaken nach der Behausung der russischen Gesandtschaft in Peking, wo sich alsbald alle Spitzen der chinesischen Regierung einfanden und ihn bei der zweihundertjährigen Freundschaft mit Rußland beschworen, die Stadt zu retten und die Vermittlung zu übernehmen. Vor allem andern forderte nun Ignatiew, es müßten alle früher von Rußland gestellten Forderungen acceptirt werden. Nachdem dies geschehen, wurden von den 38 Gefangenen der verbündeten Parlamentäre, von welchen allmälig 19 zurückgegeben waren, 9 Särge mit den Leichen der auf die raffinirteste Weise durch die Chinesen zu Tode Gemarterten ausgeliefert. Ignatiew erklärte, daß dieses unmenschliche Verfahren eine Verletzung der Grundlage des internationalen Rechtes sei und die Rache Europas, auch Rußlands trotz der 200jährigen Freundschaft, über China herauf beschwören werde und daß ihnen daher nichts übrig bleibe, als die Forderungen der Alliirten anzunehmen. Dies geschah; der Vertrag wurde unterzeichnet, wodurch die Chinesen sich verpflichten, 8 Mill. Taels Contribution den Engländern und eben so viel den Franzosen, außerdem 1 Mill. S.-Rb. für die Familien der zu Tode Gemarterten zu zahlen. Nach dem Friedensschlusse hat Ignatiew den verbündeten Bevollmächtigten und Gefolge ein Diner im russischen Hofe gegeben. Da erschien während desselben unerwartet ein russischer Courier aus Irkutsk, vom Grafen Murawiew abgesandt, und erregte große Sensation, besonders als man erfuhr, er habe den Weg zu Pferde und zu Wagen durch die Mongolei innerhalb 14 Tagen zurückgelegt.

Danzig, den 7. Januar.

* [Die Denkschrift über die Stellung der Ostseeprovinzen im Zollverein.] Wie im Hauptblatt der heutigen Nummer berichtet wird, hat die volkswirthschaftliche Gesellschaft unserer Provinz beschlossen, für eine Denkschrift über die Stellung der Ostseeprovinzen im Zollverein einen Preis von 45 Friedrichsdo'r auszusetzen. Die Motive des bezüglichen Behrend-Röpell'schen Antrages, welche auch die Zustimmung der Versammlung fanden, lauten wie folgt:

Die Ostsee-Provinzen haben von jeher eine besondere Stellung im Zollverein eingenommen, dieselbe ist hauptsächlich durch ihre geographische Lage bedingt; seit dem Eintritt des ehemaligen Steuervereins in den Zollverein sind sie allerdings nicht mehr die einzigen directen Vermittler desselben mit dem Seehandel; aber wenn sie auch diese Rolle seitdem mit Hannover und Oldenburg theilen, und wenn auch die wirthschaftliche Verbindung wie der verschiedenen Theile des Zollvereins überhaupt, so auch die der Ostsee-Provinzen mit dem Süden und Westen eine immer innigere geworden ist, so dauert eine gewisse Sonderstellung der genannten Provinzen noch immer fort. Dies documentirt sich auch darin, daß in den Ostsee-Provinzen sich gegenüber der klar zu Tage liegenden Gleichartigkeit der allgemeinen wirthschaftlichen Interessen nur wenige und ganz vereinzelte Sonder-Interessen geltend zu machen wagen, während in den übrigen Theilen des Zollvereins in dieser Beziehung große und mannigfache, wenn auch nicht immer klar erkannte Gegensätze vorhanden sind.

Die Ostsee-Provinzen sind von der Natur selbst darauf hingewiesen, ohne Umschweife die möglichste Freiheit des Verkehrs zu verlangen, und darum hat sich auch in ihnen zuerst eine bewußte und consequente freihändlerische Agitation gebildet.

Vor 10 Jahren nahm diese Agitation bereits einen für die damaligen Verhältnisse ziemlich energischen Anlauf, um bei dem bevorstehenden Ablauf der Zollvereins-Verträge ihre Forderungen in möglichst großem Umfange durchzusetzen. Freilich schlug dieser Versuch fehl, und mit den Ostseeprovinzen hat der ganze Zollverein an den Folgen davon schwer zu tragen. Inzwischen hat jene Agitation nicht gerastet, sie hat (wenn auch vorwiegend nur auf publicistischem Wege) an Umfang und Intensität gewonnen, und neuerdings ist sie, hauptsächlich durch den Congreß deutscher Volkswirthe, in innigen Zusammenhang mit anderweiten volkswirthschaftlichen Reformbestrebungen, namentlich mit der lebhaften Agitation für Gewerbefreiheit getreten.

So können wir dem in 5 Jahren abermals bevorstehenden Ablauf der Zollvereins-Verträge, als dem Zeitpunkte, wo allein eine gründliche Reform der Zollgesetzgebung stattfinden kann, mit gesteigerter Hoffnung entgegen sehen. — Aber noch fehlt es an bestimmten Concentrationspunkten für eine wahrhaft practische Agitation, und nicht minder an einem bestimmten Programm für dieselbe. Beiden Mängeln abzuhelfen, sind die von dem Congreß deutscher Volkswirthe ausgegangenen Provinzial-Gesellschaften am meisten geeignet und berufen. Von ihnen am ersten kann — zumal wenn sie, wie diejenige für Ost- und Westpreußen, die verschiedensten Berufsklassen in entsprechender Vertretung in sich schließen — eine Einwirkung auf die Repräsentanten der verschiedenen Interessen, auf Vereine und Körperschaften, wie auf die gesammte öffentliche Meinung ausgehen; und sie sind zugleich im Stande, die bisher noch ziemlich vagen Forderungen in ein bestimmtes Programm zusammen zu fassen.

Als ein erstes Mittel zu diesem Zweck wird eine Schrift: „über die Stellung der Ostsee-Provinzen im Zollverein“ dienen; um eine solche und zwar eine vortreffliche zu beschaffen, ist die Prämirung, d. h. die Aussetzung eines Preises, für die beste von circa 45 Friedrichsdor nothwendig. — Es läßt sich erwarten, daß die Ausschreibung eines solchen Preises neue publicistische Kräfte auf das Feld der öffentlichen Thätigkeit rufen wird; und zugleich wird der Congreß und sein Vorstand den eingehenden Concurrenz-Arbeiten weit unbefangener gegenüberstehen, als wenn er etwa eine bestimmte Persönlichkeit mit der Abfassung einer solchen Denkschrift beauftragte.

Die Aufgabe selbst, für deren Lösung möglichste Objectivität ein Haupterforderniß sein wird, unterscheidet sich wesentlich von den Zielpunkten der meisten bisherigen handelspolitischen Streitschriften, indem es sich bei ihr nicht um ein bloßes Prinzip, und nicht um einzelne Berufsinteressen handelt, sondern um die gemeinsamen Interessen eines großen Landestheiles.

Die Preisschrift wird zu entwickeln haben, ob und wie durch die Gesetzgebung des Zollvereins die Cultur-Entwickelung der Ostsee-Provinzen nach einzelnen oder allen Seiten hin gehemmt ist und resp. mehr gehemmt ist, wie diejenige anderer Theile des Zollvereinsgebiets. Die Preisschrift wird ferner die daraus sich ergebenden Forderungen beleuchten und prüfen, ob und in wie weit solche mit denen des Freihandels-Prinzips überall oder nur theilweise zusammenfallen. Eine solche gründlich gearbeitete Denkschrift wird für die practische Politik weit wirksamer sein, als die bloße Darlegung des Prinzips, weil die als berechtigt nachgewiesenen Forderungen eines großen Landestheiles auch dem aller Theorie feindlichen Staatsmanne Beachtung abnöthigen. Anderseits wird eine solche Denkschrift am besten geeignet sein, die Aufmerksamkeit und die Erörterung in anderen Theilen des Zollvereins zu beleben, indem sie von selbst zu entgegengesetzten oder zustimmenden Aeußerungen Veranlassung geben wird.

Für die Lösung der Preisaufgabe müssen außer dem Obigen noch folgende Gesichtspunkte hervorgehoben werden:

Die Denkschrift muß ins Auge fassen und beleuchten einerseits die verschiedenen Hauptrichtungen des wirthschaftlichen Lebens in den Ostsee-Provinzen (Handel und Schifffahrt, Ackerbau und gewerbliche Thätigkeit), anderntheils die verschiedenen Factoren, durch welche der Zollverein auf dieselben gewirkt hat (der Zoll-Tarif, die Bestimmungen über die zollamtliche Behandlung der Waaren und die Vertheilung der Zollvereinseinnahmen). Bei dem Zolltarif ergiebt sich die Unterscheidung der Ein-, Aus- und Durchgangszölle von selbst. Bei den Eingangszöllen wird, jedoch nur beispielsweise, außer den verschiedenen Schutzzöllen auch auf die Getreide- und Holzzölle aufmerksam gemacht. Bei der zollamtlichen Behandlung der Waaren handelt es sich hauptsächlich um die Anwendung der betreffenden Vorschriften auf den Seehandel. Bei der Vertheilung der Zollvereins-Einnahmen endlich wird wenigstens anzudeuten sein, in welchem Verhältniß die Ostsee-Provinzen an den im gesammten Zollverein aufgebrachten Zollerträgen betheiligt gewesen sind, im Vergleich zu den ihnen als Bestandtheilen des preußischen Staates zu Theil gewordenen Staatsleistungen.

Die Mittel der Gesellschaft erlauben die Ausgabe von 45 bis 50 Friedrichsdor Prämie, weil der Elbinger Freihandelsverein der volkswirthschaftlichen Gesellschaft eine entsprechende Beihilfe zu der Prämie leistet, und weil die Kaufmannschaften zu Stettin und Danzig jede eine Beisteuer von 10 Friedrichsdor zur Prämirung offerirt haben.

-A- Aus Litthauen, 3. Januar. Da nach zuverlässigen amtlichen Nachrichten die Rinderpest in Kowno und Umgegend in Rußland herrscht und sich auch nach der diesseitigen Grenze hin verbreitet, so hat die Königl. Regierung angeordnet, daß die Bestimmungen der Verordnung vom 27. März 1837 § 3 in Kraft treten, und zwar für die Grenzkreise Ragnit, Pilkallen, Stallupönen und Goldapp. Danach dürfen weder Vieh (mit Ausschluß von Pferden), Häute, Hörner, Talg, Fleisch, Dünger, Rauchfutter, noch unbearbeitete Wolle, Häute Haare, (excl. Borsten), erstere gar nicht, letztere, wenn solche aus inficirten Orten herstammen, nicht über die Grenze gebracht werden. Ebenso werden Personen, bei denen die Beschäftigung resp. Verkehr mit Rindvieh vorauszusetzen ist, wie Fleischer, Gerber 2c. an der Grenze entweder ganz zurückgewiesen, oder sie müssen sich, falls sehr erhebliche Gründe für ihre Zulassung sprechen, einer vorherigen polizeilich vorzunehmenden Reinigung unterwerfen. Diese Maßregel ist allerdings für den Grenzverkehr von erheblich nachtheiligem Einflusse, aber zur Verhinderung der Einschleppung der Rinderpest, welche sich uns schon vor drei Jahren gefahrdrohend näherte, unbedingt nothwendig. Die Besorgniß vor diesem augenscheinlich periodisch wiederkehrenden Gespenste aus den Viehsteppen des mittleren und südlichen Rußlands dient wahrlich auch nicht dazu, die Besorgnisse vor dem, was das erste Jahr des neuen Decenniums zu bringen verspricht, zu verscheuchen. — Die Witterung ist seit dem 1. d. Mts. kalt, heute 15° —. Der Schnee bedeckt Wege und Felder und wird vom Winde stellenweise mehrere Fuß hoch zusammengejagt. Im Eisenbahn-Verkehr und Postenlauf haben indessen bisher erhebliche Störungen nicht stattgefunden. — Außer der Versetzung des Ober-Post-Directors Hoppe stehen bei der Ober-Post-Direction in Gumbinnen noch andere Veränderungen zu erwarten, so unter Anderem auch die Versetzung des Postraths Rose von Gumbinnen nach Königsberg. — Wie in der städtischen Feuer-Societäts-Verwaltung der Zwang nunmehr gesetzlich aufgehoben ist, so stehen auch, dem Vernehmen nach, in dem ländlichen Feuer-Societäts-Verbande erhebliche Erleichterungen, namentlich in Betreff der Bildung von freien auf Gegenseitigkeit begründeten Genossenschaften zu erwarten und die Erlasse der diesfallsigen Verordnungen binnen Kurzem bevor.

Cammin i. Pr. Von mehreren gesinnungstüchtigen Männern des Conitzer und Schlochauer Kreises ist der Beschluß gefaßt, auch in hiesiger Gegend nach dem Eisenacher Statut einen Nationalverein zu gründen. Die erste General-Versammlung findet am 7. Januar im Priebe'schen Gasthofe in Conitz Statt.

Mannigfaltiges.

— Durch ein französisches Handelshaus (Bronière Sohn in Rouen) sind „lösliche Gewürze“ in den Handel gebracht worden, welche vollständig das aromatische Oel, mithin den wohlschmeckenden Theil der Gewürze enthalten; es ist an Kochsalz, Zucker, Gummi, Milchzucker oder andere neutrale lösliche Stoffe übertragen worden und kann nun, mit völliger Reinheit des Geschmackes, in beliebiger Stärke und in leicht löslicher Form den Speisen zugefügt werden. — In dieser Weise sind Pfeffer, Zwiebeln, Knoblauch, Chalotten, Nelken, Meerrettig, engl. Gewürz 2c., kurz die verschiedensten Würzstoffe behandelt worden.

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Rickert in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.